

11/05/2015 |

## Frankreich

Das Königreich F. entstand 987, als Hugo Capet zum König der Franken gewählt wurde. Ihm auf dem Thron vorangegangen waren die Merowinger und Karolinger ([Frankenreich](#)). Das königl. Herrschaftsgebiet, das zunächst bescheidene Ausmasse besass (Paris bis Orléans), dehnte sich im Lauf der Jahrhunderte aus. Für die Grenzziehung zum Gebiet der heutigen Schweiz waren die Rückgewinnung der burgund. Apanage 1477 ([Herzogtum Burgund](#)), die Einverleibung des [Pays de Gex](#) 1601, des [Elsass](#) 1648 und der [Freigrafschaft Burgund](#) 1678 sowie die Abtretung [Savoyens](#) durch Sardinien-Piemont 1860 bedeutsam. Die franz. Könige blieben bis zur Revolution die wichtigsten Verbündeten der Eidgenossenschaft ([Allianzen](#), [Fremde Dienste](#), [Ambassador](#), [Resident](#)). Diese engen Beziehungen wurden trotz der zahlreichen Regierungswechsel im 19. und 20. Jh. von der 1. bis zur 5. Republik beibehalten.

### 1 - Vom Mittelalter bis 1601

#### 1.1 - Eine gemeinsame Grenze

Am 17.1.1601 schlossen F. und Savoyen den [Vertrag von Lyon](#) ab. Der Hzg. von Savoyen erhielt zwar Saluzzo, musste Kg. Heinrich IV. aber alle seine Territorien rechts der Rhone abtreten (Bresse, Bugey, Valromey, Pays de Gex). Damit besass das Königreich F. zwischen Genf und der Waadt (Versoix) erstmals über einige wenige Kilometer eine gemeinsame Grenze mit der Eidgenossenschaft. Der Vertrag hatte weitere, für die Zukunft der Eidgenossen gewichtige polit. und strateg. Folgen. Die vollständige Einkreisung Genfs durch savoy. Gebiet nahm ein Ende. Dies erklärt z.T. den Versuch von Hzg. Karl Emanuel, durch einen nächtl. Handstreich im Dez. 1602 doch noch in den Besitz der Stadt zu gelangen ([Escalade](#)). Bedeutsam war zudem, dass die für Spanien wichtige Heeresstrasse von Mailand über Savoyen und die Freigrafschaft Burgund nach den aufständ. Niederlanden unterbrochen und dadurch das Interesse der Habsburger am Durchmarschrecht über die Walliser Pässe, den Gotthard und die Bündner Alpenübergänge verstärkt wurde - eine für die Eidgenossenschaft in den folgenden 50 Jahren mit erhebl. Gefahren verbundene Entwicklung.

Die späte Nachbarschaft zum franz. Königreich erklärt mit, warum sich erst ab Mitte des 15. Jh. engere politisch-militär. Beziehungen zwischen den beiden Ländern anbahnten. Der Hauptgrund lag allerdings darin, dass die jahrhundertelangen Auseinandersetzungen F.s mit England nicht vor 1453 beigelegt wurden. Doch von nun an konnte sich die franz. Politik vermehrt der östl. Grenze seines Königreichs zuwenden und langfristig starken Einfluss auf die Eidgenossenschaft gewinnen.

**Autorin/Autor:** Alain Dubois

#### 1.2 - Religion und Kirche

In kirchlich-geistl. Belangen kam es hingegen viel früher zu engeren Beziehungen zwischen F. und dem Gebiet der heutigen Schweiz. Ab dem 10. Jh. entstanden in F. drei bedeutende Reformorden, nämlich diejenigen der [Cluniazenser](#) (909/910), der [Zisterzienser](#) (1098) und der [Prämonstratenser](#) (1120), die sich jeweils kurz nach ihrer Entstehung über den Jura in der Schweiz ausbreiteten, wobei die Zisterzienser und Prämonstratenser bis in die Ostschweiz und nach Graubünden vorstießen. Für Letztere begann der Niedergang bereits im 14. Jh., für die Cluniazenser Ende des 15. Jh., während sich die Zisterzienser länger behaupteten. Die Reformorden belebten im Umkreis ihrer Niederlassungen nicht nur das religiöse, sondern auch das soziale und wirtschaftl. Leben nachhaltig.

In den schweiz. Bistümern blieb der franz. Einfluss offenbar gering, denn bis zum Ausgang des MA finden sich nur vier Franzosen auf Bischofsstühlen, wenn auch jeweils in einer für die Kirche gefahrvollen Zeit. So ernannte 1342 der vierte avignones. Papst, Clemens VI., kurz nach seiner Wahl den Südfranzosen Geoffroy de

Vairois zum Bf. von Lausanne (1342-47), der sich dort aber nie einfand. Während des **Grossen Schismas** (1378-1417) berief Clemens VII., ein weiterer Papst aus Avignon, einen zweiten Franzosen nach Lausanne, nämlich Guillaume de Menthonay (1394-1406). Mit dieser Wahl sollte verhindert werden, dass das Bistum Lausanne wie zuvor diejenigen von Basel, Konstanz, Sitten und Chur ans Lager des Römer Papstes Bonifaz IX. zurückfiel. In die Zeit des **Konzils von Konstanz** (1414-18) und der Wiederherstellung der Einheit der Kirche fiel die ebenfalls politisch bedingte Ernennung der beiden franz. Genfer Bf. Jean de Rochetaillée (1418-22) und Jean Courtecuisse (1422-23). Letzterer nahm im Dienst Karls VI. von F. eine bedeutende Stellung ein. Wohl deswegen erzwangen Heinrich V., der engl. Gegenkönig zu Karl auf dem franz. Thron, und dessen Verbündeter, Hzg. Philipp der Gute von Burgund, die Versetzung des Bischofs von Paris nach Genf.

Zum geistlich-kirchl. Bereich gehörten im MA auch die Architektur und die bildenden Künste. Bistümer und Klöster bestimmten weitgehend den jeweiligen Stil, indem sie die entsprechenden Vorlagen und den Baumeister wählten. Für franz.-rom. Einflüsse sorgte v.a. Cluny. Ab dem letzten Viertel des 12. Jh. trat der bis ins 16. Jh. in der Schweiz vorherrschende got. Stil, der in F. entstanden war, in der Westschweiz auf, wie das Beispiel der Lausanner Kathedrale (Mitte 12. bis Mitte 13. Jh.) zeigt.

**Autorin/Autor:** Alain Dubois

### 1.3 - Schweizer Studenten an französischen Universitäten

Von den drei Univ. Paris, Bologna und Oxford, die um 1200 gegründet wurden oder aus älteren Schulen hervorgingen, wurden Paris und Bologna von Beginn weg von Studenten aus dem Gebiet der heutigen Schweiz besucht. Diese waren anfänglich fast alles Adlige im geistl. Stand; nicht zuletzt aus Kostengründen. V.a. an den drei höheren Fakultäten Theologie, Recht und Medizin dauerte das Studium lange und war teuer. Es wurde deshalb bis ins 15. Jh. hinein zu einem guten Teil durch die Verleihung von kirchl. Pfründen an Lehrer und Schüler finanziert. Laien und Bürgerliche studierten vor dem 14. Jh. kaum an den Universitäten.

Neben den ital. Universitäten übten die französischen auf die Schweizer Studenten lange die grösste Anziehungskraft aus - an erster Stelle Paris. Ab Ende des 13. Jh. gewannen die neu gestifteten Univ. von Avignon, Montpellier und Toulouse, später von Orléans und Angers, an Bedeutung. Diese Entwicklung stand im Zusammenhang mit der Verlegung des Papststizes nach Avignon und verlief alles andere als geradlinig. Jede Universität hatte ihre durch Krieg, Seuchen, wechselnde Lehrmeinungen und Ansehen der Lehrer bestimmte Konjunktur.

Die Entwicklung der Schriftlichkeit im Rechtswesen und in der Verwaltung sowie die Einführung des Notariats führten zu einer Zunahme der Studenten aus dem Gebiet der heutigen Schweiz, v.a. an den Univ. Avignon und Orléans mit ihrem *mos gallicus docendi*, der neuen Form des Rechtsunterrichts. Von den höchstens zwei bis drei Dutzend jährlich in F. neu immatrikulierten Studenten aus der Schweiz schrieben sich die meisten aber an der Artes-Fakultät ein, um dort eine Art Propädeutikum zu absolvieren. Erst dann folgten die Juristen, vereinzelt auch Theologen und Mediziner. Mit den Universitätsgründungen im Hl. Röm. Reich (Prag 1347, Wien 1365) gingen die Studentenzahlen in F. zurück. Das Grosse Schisma verstärkte diesen Trend. Der Grossteil der deutschsprachigen Studenten aus der Eidgenossenschaft besuchte nun Universitäten im Reich; z.B. ging Huldrych Zwingli nach Wien. Die Tatsache, dass Lehrer und Studenten aus den romtreuen, dt. und schweiz. Bistümern Paris verliessen, spielte für die Entstehung der Univ. Heidelberg 1385 und später derjenigen von Köln eine gewisse Rolle. Auf der anderen Seite stammten alle Studenten aus der Schweiz, die sich 1378-1410 in Avignon einen akadem. Titel holten, aus dem französischsprachigen Teil des Landes. Bei der Gründung der Univ. Basel 1460 kamen die ersten Professoren mehrheitlich aus Paris. Einige von ihnen kehrten dorthin zurück und halfen bei der Einführung des Buchdrucks in F. In der 2. Hälfte des 15. Jh. trugen die franz. Universitäten, v.a. Paris und Orléans, wo Johannes Calvin mit mehreren Schweizern studierte, zur Verbreitung des Humanismus zwischen Genfer- und Bodensee bei.

---

### Schweizer Medizinstudenten in Montpellier, 16. Jahrhundert

<i>Herkunftsort</i>	<i>Anzahl Studenten</i>
Basel	24
Genf	15
Zürich	5
Augst	4
St. Gallen	4
Winterthur	3
Bern	2
Freiburg	2
Schaffhausen	2
Sitten	2
übriges Wallis	2
Buchs SG	1
Chavorney	1
Chur	1
Diessenhofen	1
Lausanne	1
Neuenburg	1
Rorschach	1

*Quellen:*M. Gouron, *Matricule de l'Université de Médecine de Montpellier, 1957*

**Autorin/Autor:** Alain Dubois

#### **1.4 - Wirtschaftliche Beziehungen**

Auch die wirtschaftl. Beziehungen zu F. setzten lange vor den politischen ein. Erstmals fassbar werden sie mit der Belebung des internat. Handels, v.a. zwischen dem Mittelmeerraum und Nordwesteuropa. Belebend, insbesondere für die Wirtschaft der westl. Landesteile, wirkte sich der Aufschwung der Messen in der Champagne aus. Über sie wurde namentlich der Fernhandel zwischen Italien, Nordfrankreich, den Niederlanden und England abgewickelt. Während der Blütezeit gelangten die Waren aus der Lombardei über den Gr. St. Bernhard durch die Waadt zum Juraübergang Jougne, und von dort in die Champagne. Zum Gr. St. Bernhard gesellte sich ab der 2. Hälfte des 13. bis mindestens zur Mitte des 14. Jh. der Simplon. Der Niedergang der Champagner Messen begann aber schon vor der Mitte des 14. Jh. Sie wurden allmählich durch diejenigen von Genf abgelöst und am Ende des 14. Jh. war diese Entwicklung abgeschlossen. Der internat. Warenverkehr über die Walliser Pässe wurde jetzt nach Genf umgelenkt. Für die Schweiz und ihre wirtschaftl. Beziehungen mit F. erlangte damals die von Polen bis Spanien reichende Ost-Westachse zwischen Boden- und Genfersee grosse Bedeutung. Daran änderte die Förderung der Messen von Lyon durch die franz. Könige Karl VII. und Ludwig XI. grundsätzlich nichts, auch dann nicht, als Letzterer 1463 den Genfer Messen regelrecht den Krieg erklärte. Der Gr. St. Bernhard und der Simplon büssten aber ihre Stellung als internat. Handelswege weitgehend ein, während der Verkehr über die savoy. Alpenübergänge (Mont-Cenis) zunahm.

Für den direkten Handel von Eigenerzeugnissen mit F. spielte der für die Schweiz sonst wichtige Export von vieh- und milchwirtschaftl. Produkten vor dem 17. Jh. kaum eine Rolle, noch viel weniger die Ausfuhr von Bodenerzeugnissen. Bestenfalls wurde im 15. Jh. Holz die Rhone abwärts geflösst. Umgekehrt bezog auch die Schweiz aus F. vor dem 16. Jh. nur geringe Mengen an Nahrungs- und Genussmitteln (wenig Getreide). Einige Bedeutung erlangte spätestens ab dem Beginn des 14. Jh. die Ausfuhr von franz. Meersalz nach Genf und ins Wallis und von mediterranen Erzeugnissen wie Olivenöl, Reis, getrockneten Meeresfischen und Zitrusfrüchten. Wohl noch günstiger sah die Handelsbilanz für F. bei Roh- und Farbstoffen (z.B. Eisen) sowie zu Beginn des

15. Jh. bei provenzal. Wolle für das Freiburger Tuchgewerbe aus. Im Handel beider Länder dominierte jedoch der Austausch von gewerbl. Produkten. Aus der Schweiz wurden ab der Mitte des 14. bis ins 1. Drittel des 15. Jh. Wolltuch aus Freiburg und vielleicht auch Leder ausgeführt. Wesentlich wichtiger und v.a. dauerhafter erwies sich ab Ende des 13. Jh. der Export von Leinwand aus dem Gebiet um den Bodensee. Sowohl Freiburger Wolltuch als auch - in noch viel grösseren Mengen - ostschweiz. Leinwand gelangten über Lyon und Marseille bis nach Spanien und in den ganzen Mittelmeerraum. Aus F. bezog die Schweiz ebenfalls hauptsächlich Textilien, Woll- und später Seidenstoffe, aber auch Metallwaren aller Art und Seife.

Nach F. wurden über die Schweiz auch Erzeugnisse aus Süddeutschland und Osteuropa wie Nürnberger Eisenwaren, Wachs und russ. Pelze transportiert. Aus dem westl. Mittelmeerraum und von der Pyrenäenhalbinsel kamen via F. umgekehrt Lebensmittel, namentlich Safran, in die Schweiz. Kaufleute, Handelsgesellschaften aus der Eidgenossenschaft, etwa die bernisch-sankt-gall. [Diesbach-Watt-Gesellschaft](#), oder solche mit Schweizer Beteiligung wie die grosse [Ravensburger Gesellschaft](#), hatten in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen eine bedeutende Stellung inne.

**Autorin/Autor:** Alain Dubois

### 1.5 - Auf dem Weg zu einem jahrhundertelangen Bündnis

Militärisch und bald auch politisch gerieten F. und die Eidgenossenschaft erstmals während Waffenruhen im Hundertjährigen Krieg aneinander, als beschäftigungslose Söldnerscharen in die Nordwestschweiz einfielen; ein erstes Mal 1375-76 die [Gugler](#), ein zweites Mal 1444 die Armagnaken unter Führung des franz. Thronfolgers und habsburg. Verbündeten Ludwig, welche rund 1'500 eidg. Kämpfer in der [Schlacht bei Sankt Jakob an der Birs](#) aufrieben. Beeindruckt von der Kampfstärke der Eidgenossen, schloss der Dauphin noch im gleichen Jahr den Frieden von Ensisheim und bemühte sich fortan, die Eidgenossen an sich zu binden (Verträge von 1452-53, 1463, 1470). Von Anfang an beabsichtigte Ludwig, die Orte als Verbündete gegen den Hzg. von Burgund zu gewinnen, was ihm schliesslich mit der eigentl. Militärkonvention von 1474-75 gelang. Nach dem Sieg über Karl den Kühnen ( [Burgunderkriege](#)) buchstabierte Frankreich bei seinen Verpflichtungen jedoch zurück. Die neue Vereinbarung mit Karl VIII. von 1484 besass nunmehr den Charakter eines Freundschaftsvertrags. Während die eidg. Orte danach trachteten, die Kontrolle über die Söldnerwerbungen nicht zu verlieren, versuchte F. in erster Linie die Kosten des Bündnisses zu senken.

1495 handelten die Eidgenossen wieder einen für sie vorteilhafteren Vertrag aus. Karl VIII. hatte nämlich erfolglos versucht, seine Ansprüche auf das Königreich Neapel durchzusetzen - und sich bei dieser Gelegenheit vom Wert seiner Söldner aus der Schweiz überzeugen können. Der neue Vertrag entsprach weitgehend demjenigen von 1474-75. Ähnlich lautete das 1499 mit Karls Nachfolger Ludwig XII. geschlossene Abkommen, auf das sich die Eidgenossen einliessen, weil sie wegen des Schwabenkriegs F.s finanzielle Hilfe brauchten. Schon damals deutete es sich aber an, dass der franz. Anspruch auf das Herzogtum Mailand mit dem gleich gerichteten Expansionsdrang v.a. der inneren Orte kollidieren musste ( [Mailänderkriege](#)). Nur widerstrebend hiess der franz. Kg. Ludwig XII. als Hzg. von Mailand die Annexion Bellinzonas durch die Orte gut (Vertrag von Arona 1503). Nach Ablauf der zehn Jahre wurde der Vertrag von 1499 nicht mehr erneuert. Schliesslich wandten sich die Eidgenossen gegen ihren bisherigen Bündnispartner, vertrieben ihn aus der Lombardei und zwangen dem von ihnen 1512 wieder als Hzg. von Mailand eingesetzten Massimiliano Sforza ihr Protektorat auf. Ungenügende Ressourcen, das Fehlen einer zentralen Gewalt, weit auseinanderstrebende Interessen der Orte und mangelnde Disziplin der Truppen führten jedoch zur Katastrophe - Schwächen, die sich schon 1513 im [Dijonerzug](#) zeigten. Ebenso bedenklich war das Verhalten der Eidgenossen, als sich der neue Kg. Franz I. 1515 anschickte, Mailand zurückzugewinnen. Die uneinigen eidg. Heerführer gaben im Vertrag von Gallarate das Herzogtum gegen den Willen der Tagsatzung für 1 Mio. Kronen preis, worauf ein Teil der Truppen abzog. Diejenigen, die zurückblieben, wurden in der [Schlacht von Marignano](#) entscheidend geschlagen.

Nach diesem kurzen Aufbäumen kehrten die Eidgenossen in den Schoss der franz. Allianz zurück, welche bis

Ende des Ancien Régime bestehen blieb und die Politik des Landes in hohem Masse prägte. Am 29.11.1516 schloss F. mit den nunmehr dreizehn Orten und erstmals mit all ihren Zugewandten den für die unterlegenen Eidgenossen ungewöhnlich vorteilhaften [Ewigen Frieden](#), der nicht nur ein Friedensvertrag, sondern wie seine Vorgänger auch ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt war. Darin wurden alle bis dahin den Eidgenossen gewährten Privilegien erneuert und präzisiert. Nach langem internen Streit verzichteten die Eidgenossen im Rahmen der Kriegsentschädigung auf die hohe Summe, die ihnen F. im Tausch gegen die 1512 eroberten ennetbirg. Vogteien und das Veltlin geboten hätte.

Nicht zuletzt wegen der drohenden Einkreisung durch habsburg. Territorien unter Ks. Karl V. schlossen F. und die Eidgenossen 1521 eine neue Allianz ("Vereinigung") nach dem Muster von 1474-75 und 1499. Das Hilfs- und Soldbündnis war zeitlich befristet und wurde 1549, 1564 und 1582 mit geringen Änderungen nach jeweils mehrjährigen harzigen Verhandlungen erneuert. Ein Grund dafür lag in der Reformation. Die religiösen Umwälzungen hatten 1521 zur Folge, dass Zürich wegen der Verurteilung des Solddienstes durch Huldrych Zwingli der Allianz fernblieb und Bern 1529 aus denselben Motiven austrat und erst 1582/83 zurückkehrte. Als Franz I. 1536 Savoyen besetzte, eroberte Bern, gefolgt von Freiburg sowie dem Wallis, die Waadt und das Chablais. Auf diese Weise wurden diese sowie die Stadt Genf vor dem franz. Zugriff geschützt. Weil in der Eidgenossenschaft nur eine Minderheit der Orte den neuen Glauben annahm und dieser in F. stark an Boden gewann, neigten die Eidgenossen v.a. während der Religionskriege in F. (1561-98) dazu, ihren jeweiligen Glaubensgenossen auch militärisch zu helfen. Doch gerade die geschwächte Monarchie benötigte die königstreuen schweiz. Kriegsknechte, um nicht zwischen den konfessionellen Parteien aufgerieben zu werden (Rückzug von Meaux 1567). Sie hatte alles Interesse daran, dass sie es mit keiner der Glaubensparteien in der Schweiz verdarb und dort kein Bürgerkrieg ausbrach. Hinzu kam, dass sich die Spaltung F.s auf seine Aussenbeziehungen auswirkte, v.a. auf die Rivalität mit den span. Habsburgern. Bezeichnend war in dieser Hinsicht, dass der kath. König Heinrich III. 1579 mit Bern und Solothurn einen Vertrag zum Schutz Genfs schloss.

Zum ersten Mal beeinflusste die Schweiz das religiöse Leben in F., wobei die neuen ref. Hochschulen von Lausanne (1537 gegründet) und Genf (1559) sowie die Reformatoren Johannes Calvin und Theodor Beza die treibenden Kräfte darstellten. Andererseits trug die seit den 1530er Jahren anschwellende Emigration [Protestantischer Glaubensflüchtlinge](#) aus F. zur Stärkung des neuen Glaubens in der französischsprachigen Schweiz und der Wirtschaft der ref. Orte bei. Trotz der Glaubensspaltung besuchten weiterhin Schweizer Studenten beider Konfessionen franz. Universitäten, da Protestanten stets zugelassen wurden und Gewissens- sowie Glaubensfreiheit genossen. Jährlich nahm die franz. Krone zwei Stipendiaten aus jedem eidg. Ort sowie aus dem Wallis und Graubünden auf, um propagandistisch mit dem [Collegium Helveticum](#) in Spanisch-Mailand gleichzuziehen.

Der Bürgerkrieg in F. führte zu einer ständigen Verschlechterung der franz. Finanzen, sodass die Schulden gegenüber den Eidgenossen, den Orten wie Privaten, ständig zunahmen. Die Walliser stellten wegen ihrer durch Krieg und Teuerung gefährdeten Privilegien beim Bezug von franz. Meersalz Forderungen. Der franz. Versuch, zur Schuldentilgung solches auch anderswo in der Schweiz zu verkaufen, scheiterte. Ähnliche Probleme ergaben sich bei der Wahrung der Handelsfreiheit und v.a. bei den für das ostschweiz. Leinwandgewerbe so wichtigen Messeprivilegien in Lyon. Um all den Ansprüchen auszuweichen, bemühten sich die franz. Unterhändler, bei jeder Allianzerneuerung die Vertragsdauer zu verlängern.

Als Heinrich IV. sich nach der inneren (Edikt von Nantes) und äusseren (Vertrag von Vervins) Befriedung des franz. Königreichs 1598 anschickte, seinerseits das 1597 abgelaufene Bündnis mit den Schweizern zu erneuern, standen ihm schwierige Verhandlungen bevor. Denn sowohl die ref. als auch die kath. Orte misstrauten ihm wegen seines Konfessionswechsels.

**Autorin/Autor:** Alain Dubois

## 2 - Neuzeit

### 2.1 - Die politischen Beziehungen von 1601 bis 1789

#### 2.1.1 - Schwierige Allianzerneuerung

Ab 1600 setzte sich Nicolas Brulart de Sillery, Ambassador Heinrichs IV. bei den Eidgenossen, für die Erneuerung des franz.-eidg. Bündnisses von 1582 ein. Er musste den eidg. Orten im Voraus zusichern, dass F. seine enorme Schulden von 36 Mio. Livres ausstehender Sold- und Pensionszahlungen tilgen würde. Trotz der Bemühungen Spaniens, dass seinen Einfluss zu wahren suchte, unterzeichneten im Jan. 1602 zwölf Kantone und ihre zugewandten Orte die Allianz. Diese beinhaltete mehrere Zusätze, u.a. denjenigen vom Okt. 1602, der Bern den Besitz der Waadt garantierte. 1614 trat auch Zürich dem Bündnis bei.

Der Vertrag brachte einige Neuerungen. Die Geltungsdauer, die sich bis anhin jeweils auf wenige Jahre beschränkt hatte, wurde verlängert. Sie umfasste neu die Lebenszeit des Königs, diejenige seines Nachfolgers (des späteren Ludwig XIII.) sowie zusätzlich acht Jahre. Auf diese Weise sollte eine gewisse Stabilität gewährleistet werden. Weiter wurden die 1601 mit dem Vertrag von Lyon an F. gefallen Gebiete Bresse, Bugey und Gex ins Abkommen eingeschlossen. Zudem legte man die Modalitäten der Schuldbegleichung fest, und F. liess sich den freien Zugang zu den Alpenpässen, einschliesslich der bündnerischen, bestätigen.

Nach dem Tod Heinrichs IV. 1610, dessen Herrschaft eine Epoche enger Beziehungen zur Schweiz markiert hatte, verlor F. während der Regentschaft Philipps von Orléans und innerer Wirren viel von seinem Einfluss. Gleichzeitig vermochte Spanien den seinigen auf die kath. Orte (1634 Erneuerung des Bündnisses, das eine Schutzgarantie gegenüber der Freigrafschaft Burgund einschloss) und Graubünden (1639 Allianz mit dem Gouverneur von Mailand) zu mehren. Während des [Dreissigjährigen Krieges](#) schickte F. ab 1635 Truppen in die Freigrafschaft Burgund, wobei v.a. die von Hzg. Bernhard von Sachsen-Weimar angeführten Verbände ins Fürstbistum Basel einfielen. Die Art und Weise, wie die Schweizer Regimenter während der Fronde behandelt wurden, liess den Unmut der eidg. Orte anwachsen. Die Soldgelder wurden unregelmässig, manchmal mit jahrelanger Verspätung ausbezahlt. 1649 wurden 3'000 Eidgenossen ohne Sold und Bestätigung ihrer Guthaben aus dem Dienst entlassen. Trotz der zahlreichen Beschwerdegründe, der Feindseligkeit Jules Mazarins und des Zerfalls der königl. Autorität blieben die Schweizer Regimenter dem jungen Ludwig XIV. treu. Gerade das Übermass der Schulden F.s zwang die Eidgenossen, weiterhin Söldnerdienste zu leisten. In den Friedensverhandlungen in Westfalen erreichten die eidg. Orte 1648 dank der franz. und schwed. Unterstützung, dass ihre Unabhängigkeit vom Reich in einem eigenen Artikel festgeschrieben wurde ([Westfälischer Frieden](#)).

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

#### 2.1.2 - Ein unberechenbarer Nachbar

Es oblag Jean de La Barde, ab 1648 Ambassador in Solothurn, die Verhandlungen um eine Erneuerung der 1651 abgelaufenen Allianz zu führen. Die Angelegenheit zog sich bis 1663 hin; einerseits wegen der Situation in der Schweiz ([Bauernkrieg](#), [Erster Villmergerkrieg](#)), andererseits aufgrund der Tatsache, dass die enorme Höhe der Schulden und die Verzögerung der Sold- und Pensionszahlungen einige eidg. Orte dazu veranlasste, einen schnellen Abschluss abzulehnen. Schikanöse Massnahmen, die ihre in F. tätigen Händler schwer trafen, zwangen sie jedoch einzulenken. Die Allianz, die am 24.9.1663 unterzeichnet und im November in Paris feierlich beschworen wurde, stellte einen glänzenden Sieg der franz. Diplomatie dar. Ludwig XIV. erreichte, dass die Eidgenossen auf ihre Schutzmachtgarantie gegenüber der Neutralität der Freigrafschaft Burgund verzichteten, und er auferlegte ihnen auch die Verpflichtung, das Elsass zu verteidigen. Dafür sicherte er den eidg. Orten die Rückzahlung der Schulden und die Wahrung ihrer militär. und Handelsprivilegien zu. Die Orte wurden aber bald eines Besseren belehrt. Ihre Zollprivilegien wurden angefochten, die Schulden nur teilweise beglichen, die Bezahlung der versprochenen 400'000 Livres pro Jahr aufgeschoben, geringer besoldete, sog. *compagnies franches* rekrutiert und eidg. Regimenter gegen die Niederlande eingesetzt.

Am meisten Besorgnis erregte aber die königl. Territorialpolitik im östl. Grenzgebiet. Die franz. Besetzung der



Freigrafschaft Burgund (1668 provisorisch, 1674 definitiv), deren Neutralität ab dem 16. Jh. mit jener der eidg. Orte verknüpft gewesen war, empfanden die Eidgenossen als Bedrohung ihrer Unabhängigkeit. Vergünstigungen wie die Senkung der Preise für Salz aus der Freigrafschaft Burgund vermochten deren Ängste zu beschwichtigen. Die Besetzung Strassburgs 1681, mit dem sich Bern und Zürich verbündet hatten, sowie des Unterelsass' und Montbéliards trieben die Einkreisung der Eidgenossenschaft voran. Der Bau der Festung Hüningen vor den Toren Basels (1679-81) verstärkte den Groll auf den König. Allerdings kamen die franz. Eroberungen nur zustande, weil die Eidgenossen aus innerer Schwäche eine Nichteinmischungspolitik betrieben.

Die Besorgnis wich endgültig der Feindseligkeit, als der König 1685 das Edikt von Nantes widerrief. Die Ereignisse hatten zur Folge, dass Neuenburg immer mehr dem franz. Einfluss entzogen wurde. So wehrte sich Bern 1707 mit allen Mitteln gegen die Einsetzung eines franz. und kath. Fürsten im Fürstentum Neuenburg. Als Kg. Friedrich I. von Preussen zum Fürsten ausgerufen worden war, verweigerte ihm Ludwig XIV. die Anerkennung und zog Truppen in der Freigrafschaft Burgund zusammen. Die Massnahme blieb ohne Folgen. Mitten im Span. Erbfolgekrieg konnte sich Ludwig XIV. keine Auseinandersetzung mit den ref. Orten leisten, da er auf deren Regimenter dringend angewiesen war.

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

### 2.1.3 - Frankreich als vermittelnde Macht

Der [Zweite Villmergerkrieg](#) von 1712 verschob innerhalb der Eidgenossenschaft die Gewichte zugunsten der ref. Kantone. Die Innerschweizer Orte, die ihre Rechte auf die Landvogteien Baden und Freie Ämter verloren hatten, fochten den Frieden von Aarau an und wandten sich an den König, um die Besitztümer wieder zu erlangen. Da die Erneuerung der Allianz von 1663 wegen der Uneinigkeit unter den Kantonen scheiterte, schloss Ambassador Charles-François de Vintimille du Luc 1715 ein Sonderbündnis mit den kath. Orten ([Trücklibund](#)). Obwohl es die Grundlage für ein allg. Bündnis hätte bilden sollen, erwies es sich für die Wiederaufnahme der Verhandlungen als Hindernis. Die Spaltung der Eidgenossen lief den Interessen F.s zuwider. Während sechzig Jahren versuchten die franz. Ambassadoren in Solothurn erfolglos, mit den dreizehn Orten wieder einen gemeinsamen Dialog zu führen.

Versch. Zwischenfälle beeinträchtigten im 18. Jh. die franz.-schweiz. Beziehungen. Im [Harten- und Lindenhandel](#) in Zug denunzierte die Partei der Harten die franz. Allianz, worauf der König die Zuger vom Vertrag von 1715 ausschloss. In Schwyz erregte die Erneuerung des Militärreglements in F. von 1764 Unwillen. Nachdem der machthabende Clan in Schwyz das Protokoll von 1715 zerrissen hatte, entliess der franz. Generaloberst Etienne François de Choiseul alle Schwyzer Truppen. Die Absicht, einen Hafen und eine Festung in Versoix zu bauen - dieser Plan war bereits 1629 von Kardinal Richelieu vorgebracht sowie 1706 und 1732 erneut aufgegriffen worden - löste in Genf und Bern heftigen Widerstand aus, denn dies hätte F. die Möglichkeit eröffnet, die Landverbindung zwischen den beiden Städten jederzeit zu sperren. De Choiseuls Sturz setzte 1770 diesem Projekt ein Ende. 1774 distanzierte sich der neue franz. Aussenminister Jean Gravier de Vergennes von Wien und versuchte, die Beziehungen zu den ehemaligen Verbündeten wieder enger zu knüpfen. Durch das Schicksal Polens und die aggressive Politik Josephs II. beunruhigt, traten die Eidgenossen auf die Avancen ein. Am 28.5.1777 unterzeichneten die dreizehn Orte und einige Zugewandte (Abtei und Stadt St. Gallen, Wallis, Mülhausen und Biel) die Erneuerung der franz.-eidg. Allianz, nicht aber Neuenburg und Genf, die ferngehalten wurden.

Der Vertrag, ein Glanzstück der Diplomatie Ludwigs XVI., behandelte das Corpus helveticum als einen Staat, der sein Territorium aus eigener Kraft zu verteidigen wusste. Die bewaffnete [Neutralität](#) wurde denn auch zu einem Grundsatz der Allianz. Die Eidgenossen zogen aus dem Abkommen greifbare Vorteile: Den Schutz einer Grossmacht während fünfzig Jahren, die Rekrutierung von Truppen, günstige Salzpreise, Handelsprivilegien und eine nicht zu unterschätzende finanzielle Zuwendung. Die Ambassade in Solothurn hatte sich bewährt. Dank seiner Verbindungen war der Ambassador über das polit. Leben der Kantone bestens informiert. Bei den

Eidgenossen kam der Wunsch auf, ihrerseits über einen Vertreter in Versailles zu verfügen. Dieses Ansinnen ging Ende des 18. Jh. in Erfüllung, als Jacques Necker Geschäftsträger Genfs in Paris wurde. Seine Mission verschaffte ihm offiziell den Zugang zum franz. Hof.

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

## 2.2 - Wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen

### 2.2.1 - Wirtschaftliche Beziehungen

Der chronische Notstand des königl. Finanzhaushalts zwang die Monarchen, bedeutende Geldbeträge in der Schweiz aufzunehmen, die sich ab dem 16. Jh. zu einem wichtigen **Finanzplatz** entwickelte. 1601 betrug die Schuld der franz. Krone gegenüber den Eidgenossen 11,623 Mio. Goldkronen. Zusammen mit den Kosten für die Ambassade belasteten die eidg. Bündnisse 1775 das franz. Budget für auswärtige Angelegenheiten mit 800'000 Livres. Ab dem 15. Jh. hatten die franz. Diplomaten grosse Summen verteilt, um die Gunst der Eidgenossen, v.a. die Ergebnisse einflussreicher Familien, zu gewinnen. Nach 1723 erhielten die ref. Orte keine Zahlungen mehr. Die insgesamt sechs versch. Typen der **Pensionen** dienten unterschiedl. Zwecken.

Kaum verfügte Ludwig XIV. 1674 über die Salinen von Salins, bot er den Eidgenossen **Salz** aus der Freigrafschaft Burgund zu einem sehr tiefen Preis an, weil er dieses Lebensmittel, das sog. Allianz-Salz, als wirtschaftl. Waffe einsetzen wollte. Das teurere sog. Handelssalz wurde auf Grund von Verträgen mit den Bauern geliefert. F. exportierte 1787 38'080 Zentner (zu 100 Livres) Salz aus der Freigrafschaft und 59'266 Zentner aus Lothringen.

Die Ausfuhren der Schweiz nach F. (hauptsächlich Textilien) erreichten im 17. Jh. und im 1. Drittel des 18. Jh. nur ein sehr begrenztes Volumen, so weit sich dies aufgrund der sehr summar. Statistiken beurteilen lässt. Sie übertrafen kaum den Betrag von 300'000 Livres, während die Einfuhren aus F. zwischen 1,5 und 6 Mio. schwankten. Doch dann nahmen die Exporte nach F., bedingt durch das Wachstum der eidg. Wirtschaft, einen deutl. Aufschwung. 1782 machten die Textilien 80% der schweiz. Verkäufe nach F. aus, gefolgt vom Käse, der die Grenze von 1 Mio. Livres überschritt. Die franz. Exporte in die Schweiz waren stärker diversifiziert, z.B. die Textilien (51%), die zahlreiche Luxusartikel umfassten. Die relativ rasche Zunahme des Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern ging auch auf die Tätigkeit schweiz. Handelsfirmen zurück, die sich in Bordeaux, Nantes, Paris und insbesondere in Lyon niedergelassen hatten. 1777 wurden in Lyon 67 Schweizer Unternehmen gezählt, u.a. die Firma Biedermann oder diejenige der Zollikofer.

Die Widerrufung des Edikts von Nantes 1685 führte in den ref. Kantonen zur grössten Einwanderungswelle, die diese je erlebt hatten. Wohl einige zehntausend Personen ersuchten um Aufnahme. Die Kantone waren indess entschlossen, den Flüchtlingen höchstens vorübergehend Aufenthalt zu gewähren, so dass nur wenige von ihnen hier definitiv Asyl fanden. Diese begründeten in der Folge neue Industrien (Herstellung von Indiennes) und befruchteten das geistige Leben. Die schweiz. **Auswanderung** bestand zum überwiegenden Teil aus Söldnern. Die meisten Rekruten stammten aus dem Schweizer Mittelland, v.a. aus kath. und ländl. Gebieten. In Kriegszeiten stiegen die Bestände der eidg. Söldner deutlich an. 1692, während des Krieges gegen die Augsburger Allianz, dienten 37'220 Männer in der franz. Infanterie und 1745, während des Österr. Erbfolgekrieges, deren 22'620. Diese Form der Emigration blieb in der Regel zeitlich befristet. Ein Teil der kath. Soldaten liess sich jedoch in F. nieder, oft als Dienstboten oder Pfortner (*suisses de porte*).

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

### 2.2.2 - Kulturelle Beziehungen

Im 17. und im 18. Jh. dominierten F. und der Klassizismus die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Wie überall in Europa wurden auch in der Schweiz sog. *petits Versailles* gebaut, u.a. in L'Isle, Crans-près-Céligny und Hauteville bei Saint-Légier. Franz. Architekten wie Joseph Abeille, Pierre-François Paris, Jean-François Blondel und François Franque wirkten in der Schweiz. Umgekehrt machten Schweizer in Versailles



und Paris, teilweise auch in der Provinz, Karriere als Künstler (so die Maler Johann Melchior Wyrsch und Louis-Auguste Brun) und als Handwerker (Kunsttischler, Medailleure, Uhrmacher wie Ferdinand Berthoud und Abraham-Louis Bréguet). Manche bildeten sich in F. fort. Der Ingenieur Jean-Rodolphe Perronet gründete und leitete die Ecole des Ponts et chaussées.

Im Bereich der Literatur war der franz. Einfluss im 17. Jh. schwach, weil in den ref. Städten bis ins späte 18. Jh. ein Theaterverbot galt. Hingegen las das gebildete Publikum die Werke der Klassik. Beat Ludwig von Muralt kritisierte die franz. Frivolität und Prunksucht in seinen "Lettres sur les Anglais et les Français" (1725), die in der Deutschschweiz auf starken Widerhall stiessen. Im 18. Jh. rückte die Westschweiz durch die Anwesenheit Voltaires in Genf, Lausanne und Ferney ins Zentrum eines intellektuellen Netzwerks. Die Obrigkeiten in der Deutschschweiz, v.a. diejenige in Bern, sprachen französisch. In Bern erschien die "Gazette de Berne" ebenfalls in franz. Sprache. Diderots "Encyclopédie" beschäftigte einige Schweizer Autoren wie Jean-Jacques Rousseau, den Juristen Jean-Jacques Burlamaqui, den Arzt Théodore Tronchin sowie den Pfarrer Jean-Antoine-Noé Polier de Bottens und fand in der Schweiz Leser. Eine überarbeitete Quartausgabe der "Encyclopédie" wurde von der Neuenburger Société typographique, eine Oktavausgabe in Bern und Lausanne gedruckt, während die "Encyclopédie d'Yverdon" das Werk aus einer weniger religionsfeindl. Optik darstellte.

Die Akad. der Wissenschaften in F. zählte Schweizer Gelehrte wie die Bernoullis zu ihren Mitgliedern. Universitären Austausch gab es v.a. in Richtung F., wo die Univ. Montpellier weiterhin Ärzte ausbildete und die Sorbonne einige Theologen aufnahm. Dagegen waren Franzosen an den ref. Akademien dünn gesät. Bern duldeten ein 1729 in Lausanne eröffnetes und für die Ausbildung von Pfarrern der Eglise du Désert bestimmtes Séminaire français, so lange dieses sich still hielt (der König durfte nicht verärgert werden).

Während die Schweiz, wie ganz Europa, nach Paris und Versailles blickte, entdeckten die Franzosen im Zug von Albrecht von Haller, Rousseau und Horace Bénédict de Saussure die Alpen und die Natur. In Versailles besaßen Marie-Antoinette und Madame Elisabeth ihre Mustermolkereien mit Schweizer Kühen.

**Autorin/Autor:** Lucienne Hubler / GL

### **3 - Das Zeitalter der Revolutionen: 1789 bis 1848**

#### **3.1 - Politische Beziehungen**

##### **3.1.1 - 1789 bis 1798**

Angesichts der Schrecken und Unwägbarkeiten der [Französischen Revolution](#) legten die Schweizer Behörden v.a. Wert darauf, Ruhe und Ordnung im Land aufrechtzuhalten. Sie ergriffen Massnahmen, um ihre Untertanen vor den Verführungen der revolutionären Propaganda und den Umtrieben des [Club helvétique](#) in Paris zu schützen. Die Schwächung der Monarchie erschien ihnen als gefährl. Beispiel. Sie sorgten sich aber auch um das Schicksal der eidg. Truppen, die wegen ihrer Königstreue den Hass der Republikaner auf sich zogen. Den Offizieren verbaten sie, den neuen Eid zu leisten, und sie protestierten gegen die Bezahlung des Solds in Assignaten. Ausserdem weigerten sie sich, den meuternden Soldaten des Regiments von Châteaueux die von F. verlangte Amnestie zu gewähren. Den Empfang dieser Meuterer durch die Nationalversammlung im Aug. 1790 empfanden die Schweizer Behörden als grobe Beleidigung.

Die franz.-schweiz. Allianz war im Begriff auseinanderzubrechen, als der Ambassador François de Barthélemy nach Baden kam. Seine Mission schien ausweglos, doch der fähige Diplomat verstand es, sich bei den Eidgenossen Respekt zu verschaffen. Trotz des Abbruchs der diplomat. Beziehungen und der Entlassung der Schweizer Regimenter am 16.8.1792 infolge des [Tuileriensturms](#) blieb Barthélemy bis 1797 auf seinem Posten und bemühte sich, den Kontakt zwischen den beiden Ländern nicht abreißen zu lassen. Das Massaker in den Tuilerien schürte in der Schweiz heftige Emotionen, sodass viele sich an den Repressalien gegen F. beteiligen wollten. Die Stimmung gegenüber der franz. Republik war geprägt vom Verlust des Solddienstes, von der Unterbrechung des Handels, vom Wegfall der Pensionen, vom Ausbleiben der Salz- und Getreidelieferungen aus dem Burgund und dem Elsass sowie von der Annexion des nördl. Teils des Fürstbistums Basel.

Neuenburger Uhrmacher dagegen zögerten 1794 nicht, die Einladung des Nationalkonvents anzunehmen, sich in Besançon niederzulassen.

Trotz des Widerwillens und der Furcht der Schweizer Obrigkeiten angesichts der Wirren in F. intensivierten sich 1793-94 die Beziehungen, weil F. in grossen Mengen Güter, die es für die Kriegführung benötigte, in der Schweiz einkaufte. Nach dem Abschluss des [Friedens von Basel](#) 1795 übte Paris auf die Kantone zunehmend Druck aus, um die Ausweisung der [Emigrés](#) zu erwirken. Die ersten Flüchtlinge aus F., Adlige und eidverweigernde Priester, kamen 1792, gefolgt ab 1794 von Bürgern, die vor der Schreckensherrschaft flüchteten. Die Spannung stieg, als der gegenüber der Schweiz feindlich eingestellte Jean-François Reubell im Direktorium die Diplomatie zu bestimmen begann und Napoleon Bonaparte Herr der Cisalpin. Republik wurde, ihr das Veltlin einverleibte und den Bau einer Passstrasse über den Simplon erwog. F. hatte jegl. Interesse an der schweiz. Neutralität verloren. Ende 1797 beschloss das Direktorium, ermutigt durch Peter Ochs und Frédéric-César de La Harpe, in die Schweiz einzumarschieren ([Franzoseninfall](#)).

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

### 3.1.2 - 1798 bis 1815

Nach der Kapitulation von Bern am 5.3.1798 kam die Schweiz unter franz. Herrschaft. F. auferlegte ihr eine Verfassung, die einen zentralist. Einheitsstaat begründete ([Helvetische Republik](#)). Weiter annektierte es 1797 den südl. Teil des Fürstbistums Basel sowie 1798 Mülhausen und Genf, kontrollierte das 1802 unabhängig gewordene Wallis und besetzte 1806 Neuenburg. Die helvet. Verfassung führte Grundsätze und Neuerungen ein, die das polit. Leben in der Schweiz bis heute prägen sollten: Volkssouveränität, Gewaltentrennung, hierarch. Gerichtsordnung und entsprechende Instanzenzüge, Aufhebung der alten Herrschaftsordnung und der Feudalrechte, Presse-, Versammlungs-, Gewerbe- und Handelsfreiheit, Abschaffung des Zunftwesens, Einführung des öffentl. Schulsystems, Schaffung einer nationalen Armee.

Die mit der militär. Besetzung verbundenen Plagen brachten das neue Regime in Misskredit, weil Kommissäre, Offiziere und Soldaten das Land auspressten: Öffentl. und private Güter wurden konfisziert, Naturalien und Bargeld beschlagnahmt sowie Waffenarsenale geplündert. Auch den Truppenunterhalt musste die Bevölkerung tragen. Zudem beeinträchtigten polit. Massnahmen die schweiz. Souveränität. So diktierte Paris im Aug. 1798 gegen den Widerstand der helvet. Direktoren und der diplomat. Bemühungen der beiden helvet. Gesandten in Paris, Peter Josef Zeltner und Gottlieb Abraham von Jenner, einen Vertrag für ein Angriffs- und Verteidigungsbündnis.

Dank der neuen Allianz nahmen die beiden Länder wieder normale diplomat. Beziehungen auf. Die Schweizer Hoffnungen auf einen Handelsvertrag und auf die Befreiung des Landes wurden jedoch enttäuscht. Die Belastung durch fremde Armeen nahm keineswegs ab, sondern verschlimmerte sich, als die Schweiz der zweiten Koalition 1799 als Schlachtfeld diente und für den Unterhalt von 72'000 Mann aufkommen musste ([Koalitionskriege](#)). Obwohl der Winter 1799-1800 eine gewisse Entspannung brachte, belastete die Anwesenheit der franz. Armee das Land nach wie vor schwer. Im Sommer 1802 zog Bonaparte seine Truppen ab. Im selben Jahr liess er das Wallis zur unabhängigen Republik erklären und verleibte das Dappental F. ein.

Unter dem Vorwand, die Eidgenossen seien unfähig, sich über die Organisation des Staats zu einigen, diktierte Bonaparte ihnen im Febr. 1803 die [Mediationsakte](#). Diese wurde akzeptiert, da sie die innere Ordnung wiederherstellte und die Neutralität wieder offiziell in Kraft setzte. Die Schweiz blieb aber den Forderungen des Mediators unterworfen, der sie zur Bereitstellung von Truppen verpflichtete und ihr Handelsbeschränkungen auferlegte. Die Militärkapitulation von 1803 gab F. das Recht, 16'000 Mann zu rekrutieren, und die im selben Jahr abgeschlossene Defensivallianz gestand ihm zu, weitere 8'000 Mann auszuheben. Die Bereitstellung dieser Truppen brachte der eidg. Regierung die grössten Schwierigkeiten und verursachte schwere Spannungen mit Ks. Napoleon I. Obwohl die [Kontinentalsperre](#) nicht nur negative Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft hatte, führte sie 1811-12 in der Ostschweiz, v.a. in der Baumwollindustrie, zu einer schweren Krise. Mit der franz. Annexion der Republik Wallis und der Besetzung

des Tessins 1810 nahmen Angst und Unzufriedenheit in der Schweiz weiter zu.

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

### 3.1.3 - 1815 bis 1848

Nach dem Sturz Napoleons I. musste F. die eroberten Gebiete zurückgeben ([Wiener Kongress](#)). Am Kongress in Paris verhandelten F. und die Eidgenossenschaft über den Verlauf der gemeinsamen Grenzen ([Pariser Frieden](#)). Der wichtigste Streitpunkt bildete dabei die Landverbindung Genfs mit der übrigen Schweiz. F. lehnte es ab, das Pays de Gex (ausser Versoix und einige Gemeinden) abzutreten. Dieses wurde in der Folge eine der [Freizonen](#). Der Abschluss einer Militärkapitulation 1816, die sechs Regimenter mit insgesamt 12'000 Mann betraf, erneuerte die Beziehungen zwischen der restaurierten franz. Monarchie auf der einen und den Kantonen auf der anderen Seite. Die Fremden Dienste stellten für die Schweiz aber keine wirtschaftl. Notwendigkeit mehr dar und waren in F. unbeliebt geworden. Die Eidgenossen hofften, im Gegenzug die Wiederherstellung der Handelsfreiheit zu erreichen. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht, und ein lang anhaltender Zollkonflikt vergiftete die zwischenstaatl. Beziehungen. Den Protektionisten stellten sich jene polit. Kräfte entgegen, die den franz. Einfluss in den Kantonen durch ein Handelsabkommen wieder festigen wollten.

Nach der Julirevolution 1830 verstärkte der neue Kg. Louis-Philippe den Unmut der Eidgenossen, indem er 1831 ihre Regimenter entliess. Ausserdem beschleunigte ab 1830 ein neuer Zeitgeist die Einführung der liberalen Demokratie in zahlreichen Kantonen ([Regeneration](#)). Diese Entwicklung und die Praxis des Asylrechts ([Asyl](#)) veranlassten die Grossmächte zu häufigen Klagen und Drohungen. Auch wenn F. die Eidgenossenschaft 1834 nach dem Savoyezug, den Giuseppe Mazzini von der Schweiz aus organisiert hatte, unterstützte, betrieben die Kabinette von Adolphe Thiers und Louis Matthieu Molé nach 1835 eine sehr aggressive Politik, die nicht davor zurückschreckte, sich in die inneren Angelegenheiten der Kantone einzumischen ([Conseil-Affäre](#)). 1838 verschärfte sich die Situation mit dem Zwischenfall um den Prinzen Louis Napoleon dermassen, dass einige Kantone militär. Massnahmen ergriffen und die Tagsatzung einen General ernannte. Nachdem Louis Napoleon die Schweiz freiwillig verlassen hatte, beruhigte sich die Lage.

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

## 3.2 - Wirtschaft und Kultur 1789 bis 1848

### 3.2.1 - Wirtschaft

Die Isolation F.s in Europa während der Revolutions- und napoleonischen Kriege und die daraus resultierenden Versorgungsschwierigkeiten kamen den Schweizer Kaufleuten zugute. 1793-94 trugen diese durch den Verkauf von aus Österreich eingeführten Reis und Getreide, von Pferden und Schlachtvieh, von Schuhen und Tuch sowie von Waffen und Schiesspulver zur Ausrüstung der Armeen bei. Nach der Wiederaufnahme der franz. Exporte betrug im Jahr V der Revolution (1796-97) das Gesamtvolumen des Güteraustausches 90 Mio. Fr. Die Schweiz war damals der wichtigste Importeur franz. Produkte. Aufgrund aussergewöhnl. Faktoren brach das Handelsvolumen ab 1798 aber ein: Die Besetzung der Schweiz durch die franz. Armee versetzte ihrer Wirtschaft einen schweren Schlag. Handelsverträge mit F. kamen nicht über das Stadium von Versprechungen hinaus. Das Gesetz vom 10. Brumaire des Jahres V (31.10.1796) führte den franz. Protektionismus in seiner strengsten Form ein. Die Ausfuhr von Baumwolltüchern kam mit der Kontinentalsperre zum Erliegen (Dekret von Berlin im Nov. 1806). Vom Jahr VII (1798-99) bis 1806 bewegten sich die schweiz. Ausfuhren zwischen 17 und 28 Mio. Fr. Sie fielen infolge der durch die Kontinentalsperre bedingten Zollschränken und v.a. des Dekrets von Trianon (1810) 1814 auf 4 Mio. Fr. Die franz. Exporte erholten sich ab 1813, wodurch sich die Differenz zu den Einfuhren akzentuierte.

Während der Restauration hofften die Eidgenossen auf die Rückkehr zur wirtschaftl. Sonderbehandlung. Doch das F. der Restauration und der Julimonarchie vermehrte seine Rechte, Verbote und administrativen Schikanen. Die franz. Grundbesitzer und Fabrikanten wollten nicht auf Schutzzölle verzichten. Um F. zur

Öffnung seiner Grenzen zu zwingen, unterzeichneten 1822 13½ Kantone ein sog. Retorsionskonkordat. Diese Massnahme verfehlte aber ihre Wirkung, da sich die Eidgenossen nicht auf eine gemeinsame Handelspolitik verständigen konnten. Verboten bzw. mit hohen Steuern belegt wurden die Einfuhr von Seiden- und Baumwollstoffen, Rindvieh sowie Käsereiprodukten. Bis 1850 entwickelten sich die franz. und schweiz. Ausfuhren gleichmässig. F. setzte in der Schweiz zwischen 1827 und 1836 jährlich Waren im Wert von 30 Mio. Fr. und zwischen 1837 und 1847 solche im Wert von 42 Mio. Fr. ab. In denselben Zeiträumen betrug die schweiz. Exportumsätze 13 bzw. 23 Mio Fr.

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

### 3.2.2 - Kulturelle Beziehungen

Die Revolutionsjahre zeichneten sich dadurch aus, dass die neuen Ideale entweder enthusiastisch übernommen oder gänzlich abgelehnt wurden. Während z.B. Honoré Mirabeau mit Genfern (u.a. Etienne Clavière und Etienne Dumont) Umgang pflegte, veröffentlichten andere Bürger der Stadt ab 1796 die "Bibliothèque britannique", welche die Prinzipien von 1789 verwarf. Nach 1803 versammelten sich franz., schweiz. und dt. Schriftsteller und Philosophen, die sich durch ihre gemeinsame Ablehnung Napoleons verbunden fühlten, bei Madame de Staël in Coppet. Benjamin Constant verteidigte vor dem Tribunat, später vor der Nationalversammlung, das liberale Gedankengut.

Die gegenseitigen Kontakte vervielfachten sich nach 1815, insbesondere nach 1830. Alexandre Vinet, Juste Olivier und Charles Secrétan arbeiteten an der prot. Pariser Zeitschrift "Le Semeur" (1831-50) mit. Charles-Augustin Sainte-Beuve unterrichtete während eines Semesters (1837-38) an der Lausanner Akademie. In der Zeit, in der die Westschweizer Literatur entstand, stellten sich einige Autoren, darunter Rodolphe Töpffer, im Namen der Moral der Kunst gegen den *roman industriel* eines Victor Hugo oder Honoré de Balzac. Hatte F. im 18. Jh. noch Rousseaus "Nouvelle Héloïse" (1761) gelesen, vertiefte sich das franz. Publikum nun in Johann Rudolf Wyss' "Le Robinson suisse" (1813) in der Übersetzung der Waadtländerin Isabelle de Montolieu (1816). Die Akad. von Genf und Lausanne führten den Unterricht in franz. Literatur ein. Augustin-Pyramus de Candolle wurde zum Suppleanten am Collège de France ernannt. Aufgrund der 1803 unterzeichneten Militärkapitulation mit F. waren zwanzig Studienplätze an der Ecole polytechnique für Schweizer reserviert. Mehrere Dutzend junger Leute, mehrheitlich aus der Westschweiz, profitierten vor der Gründung des Eidg. Polytechnikums von dieser Regelung. Zu erwähnen gilt es auch den Einfluss des franz. Rechts (*code civil*) auf die [Kodifikation](#) der Westschweizer Kantone.

Die Genfer Emailmaler Abraham Constantin und Jean-François Soiron arbeiteten in der Porzellanmanufaktur in Sèvres oder für den kaiserl. Hof in F. Letzteres traf auch für den Solothurner Bildhauer Urs Pankraz Eggenschwiler und den Neuenburger Maler Léopold Robert, Mitarbeiter von Jacques-Louis David, zu. James Pradier und John-Etienne Chaponnière schufen 1834 Flachreliefs für den Arc de Triomphe. Die Mehrheit der Schweizer Künstler absolvierte einen Teil ihrer Ausbildung in Paris.

**Autorin/Autor:** Lucienne Hubler / GL

## 4 - 1848 bis 1914

### 4.1 - Politische Beziehungen

Louis Napoleon Bonaparte, 1848-52 Präs. der Zweiten Republik und 1852-70 Ks. Napoleon III., pflegte die Freundschaften, die er während seines Aufenthalts in der Schweiz - er besass die Schweizer Staatsbürgerschaft - gemacht hatte; so gehörte Johann Konrad Kern, der Schweizer Minister in Paris, zu seinen Vertrauten. Der Kaiser setzte sich für die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern und für die Aufrechterhaltung der schweiz. Unabhängigkeit auf internat. Ebene ein.

Dennoch trübten versch. Probleme das gute Einvernehmen, v.a. im Zusammenhang mit den 1848 und 1852 in die Schweiz gekommenen polit. Flüchtlingen, von denen viele der schweiz. Wissenschaft und Industrie

hervorragende Dienste leisteten. Dass die Schweiz ihnen Asyl gewährte, ärgerte die franz. Regierung, die sich über in der Schweiz gedruckte und gegen den Kaiser gerichtete Pamphlete beklagte. Die von Napoleon III. gegenüber der Schweiz in den ersten Jahren des Zweiten Kaiserreichs verfolgte Politik zielte darauf ab, den Radikalismus zu schwächen und die konservativen Elemente zu stärken. Während er 1856 im [Neuenburgerhandel](#) seine Vermittlung anbot, gestand er der Schweiz 1860 im [Savoyerhandel](#) nur eine Vergrößerung der Zollfreizonen zu.

Trotz des Missbehagens nach dem Neuenburgerhandel ergriff die Schweiz die Initiative, um mit F. über ein Handelsabkommen nach dem franz.-engl. Vorbild von 1860 zu verhandeln. Sie forderte von F. die Abschaffung der Einfuhrverbote und eine Erleichterung der Zugangsrechte. F. seinerseits verband das Übereinkommen mit polit. Fragen, z.B. mit der völligen Niederlassungs- und Handelsfreiheit für die franz. Juden. Mit dem 1864 zustande gekommenen Vertrag bekannte sich die Schweiz zum Prinzip des Freihandels.

Im [Deutsch-Französischen Krieg](#) ergriff die Schweiz 1870 Massnahmen, um die militär. Nutzung ihres Territoriums zu verhindern. Die franz. Bevölkerung, die in der Regel kaum über die Angelegenheiten der Schweiz informiert war - sie kannte diese bestenfalls als einen Ort der Sommerfrische -, behielt die Aufnahme der [Bourbakiarmee](#) 1871 in guter Erinnerung.

Ende des 19. Jh. war F. der einzige Staat, der in Bern eine Gesandtschaft führte. Diese umfasste fünf bis sechs Personen. Denselben Bestand wies die Schweizer Vertretung in Paris auf. Die franz. Konsularvertretung beschränkte sich auf Genf, Zürich und Basel, während die Schweiz im franz. Mutterland zwischen acht und zehn Konsulate unterhielt. Die Eidgenossenschaft erweckte bis zum Ende des Jahrhunderts den Eindruck, sich aus der internat. Politik verabschiedet zu haben. Sie schränkte ihre diplomat. Tätigkeit ein, und die wirtschaftl. Interessen gewannen den Vorrang vor der grossen Politik. Auf der anderen Seite mischte sich die Diplomatie der Dritten Republik kaum mehr in die inneren Angelegenheiten der Schweiz ein. Vielmehr suchte sie alles zu vermeiden, was ihr deren Sympathie hätte kosten können, und bemühte sich, das Feld nicht gänzlich dem dt. Einfluss zu überlassen.

Die beidseitige Zurückhaltung führte zu einer Entspannung der bilateralen Beziehungen, die sich nun auf Handels-, Zoll-, Eisenbahn- und Finanzfragen konzentrierten. Da die Eisenbahnenlinien in beiden Ländern im Besitz von Privatgesellschaften waren, mischten sich die Regierungen im 19. Jh. nur selten in Verhandlungen um die Streckenführung ein. In einer ersten Phase interessierte sich die franz. Hochfinanz für das schweiz. Eisenbahnnetz, weil sie um dessen Bedeutung für den transeurop. Verkehr wusste. So gründeten oder erwarben die Fam. Rothschild und Pereire mehrere Eisenbahngesellschaften. Die Gesellschaft Franco-Suisse wurde errichtet, um die Linie Paris-Lyon via Pontarlier und Les Verrières mit dem Jura und somit mit dem schweiz. Netz zu verbinden. Im Zug des Niedergangs des Kaiserreichs geriet Letzteres aus dem Blickfeld der franz. Unternehmungen. Die schweiz. Eisenbahngesellschaften setzten in der Folge v.a. auf die Verbindungen nach Italien und Deutschland sowie die Gotthardlinie, obwohl sich nichtstaatl. Kreise in F. - nicht aber die franz. Regierung - wiederholt für den gemeinsamen Bau der Simplonlinie stark gemacht hatten. Diese Pläne zielten auch darauf ab, den Einfluss Deutschlands einzudämmen.

Die Verbindungsstrecken für die Eisenbahnlinien aus F. in die Schweiz bildeten den Gegenstand zahlreicher Projekte und gaben zu langen Diskussionen Anlass: Sollte der Anschluss über den Mont-d'Or nach Lausanne oder über Faucille nach Genf geführt werden? Diese westlich des Simplon gelegenen Zufahrtsrouten hätten den Lötschberg überflüssig gemacht. 1899 kamen die Gesellschaften der Linie Paris-Lyon-Marseille und der Linie Jura-Simplon überein, die Strecke Frasnè-Vallorbe zu bauen, doch wurde dieses Vorhaben erst 1915 realisiert. 1906 änderte F. seine Politik und optierte nun für die Linie Delle-Lötschberg-Simplon, um der Gotthardstrecke die Stirn zu bieten und ihr den Verkehr aus England, Belgien und der Niederlande nach Süden und Westen abzugraben. Paris forderte einen Tunnel zwischen Moutier und Grenchen, damit die Linie schneller werde. Der Bau der 1913 eingeweihten Strecke Frutigen-Brig wurde franz. Ingenieuren anvertraut und auch mit franz. Geldern finanziert. Nachdem der Bundesrat 1898 die Verstaatlichung der Eisenbahnen beschlossen hatte, musste er für deren Rückkauf und die Finanzierung neuer Linien Anleihen ausgeben. Ohne

dass die franz. Regierung die Anleihe an polit. Bedingungen geknüpft hätte, wurden an der Pariser Börse Anteile im Wert von 835 Mio. Fr. kotiert. Ab 1906 erwies sich der wichtige Finanzstrom zwischen den beiden Ländern als Faktor der Annäherung. Zudem kamen die franz. Einlagen auf Schweizer Banken der industriellen Expansion in der Schweiz und indirekt auch in F. zugute.

Im polit.-militär. Bereich blieben die Beziehungen bis um 1910 von gegenseitigem Misstrauen geprägt. Die Schweiz befürchtete, dass F. im Fall eines dt.-franz. Krieges die Schweizer Neutralität verletzen würde. F. wiederum zweifelte an der Entschlossenheit der Schweizer Armee, sich in der Region Basel den dt. Truppen entgegenzustellen. Diese Vorbehalte verloren jedoch mehr und mehr an Gewicht. Bis zum Vorabend des 1. Weltkriegs vollzog sich eine unauffällige Wende. Ausdruck dieser Entspannung war der Vertrag vom April 1914 über die Versorgung der Schweiz im Kriegsfall, in dem die franz. Behörden die Getreidezufuhr von den atlant. Häfen aus garantierten. Der Besuch des franz. Präsidenten Armand Fallière im Aug. 1910 in der Schweiz reihte sich ebenfalls in die neue Politik der Annäherung ein.

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

#### 4.2 - Wirtschaftliche Beziehungen

Während des Zweiten Kaiserreichs nahmen die franz. Exporte in die Schweiz dank einer günstigen Konjunkturlage rasant zu: 1854 beliefen sie sich auf 51 Mio. Fr., 1868 auf 263 Mio. Fr. Der Aufschwung setzte sich bis 1873 fort, dann trat eine über zwanzig Jahre dauernde Rezession ein. Der Handelsvertrag von 1864 verlieh den schweiz. Exporten nach F. einen starken Impuls. Diese erreichten 1862-64 ein Total von 60 Mio. Fr., 1866-69 gar das Doppelte (gemäss franz. Statistiken). Die bis anhin mit einem Einfuhrverbot belegten Seiden- und Baumwollstoffe gelangten nun zollfrei oder gegen geringe Zollgebühren nach F. Trotz dieser Fortschritte wuchs das Handelsbilanzdefizit der Schweiz stetig an. Während die Rohstoffe an der Spitze der franz. Exporte in die Schweiz standen (40-48%), machten die Industrieprodukte den Hauptanteil der schweiz. Exporte nach F. aus (1905 64%).

In der Dritten Republik verstärkten sich die protektionist. Tendenzen, die in F. zu einer schrittweisen Erhöhung der Zolltarife führten. Für die Schweiz verschärfte sich die Situation nach 1890. F. kündigte seine Handelsverträge auf und führte einen Doppeltarif ein: Einen Maximaltarif für Staaten, mit denen es kein Abkommen geschlossen hatte, und einen Minimaltarif, der die untere Grenze bestimmte, bis zu der die franz. Regierung im Austausch gegen einen herkömml. Tarif entgegenkommen konnte. Die Schweiz weigerte sich aber, sich auf einen Minimaltarif einzulassen, der ihre Umsätze in F. um einen Drittel verringert hätte. Einige franz. Minister erklärten sich daraufhin bereit, über ein neues Handelsabkommen zu verhandeln, die Nationalversammlung lehnte dies jedoch 1892 diskussionslos ab. In der Folge entbrannte ein Zollkrieg: Die Schweiz belegte franz. Waren mit erhöhten Gebühren und die Bevölkerung boykottierte die Produkte. In fünf Jahren gingen die franz. Exporte um 46,5% zurück. Dieser Bruch in den Handelsbeziehungen kam Deutschland zugute, und Ks. Wilhelm II. stattete der Schweiz 1893 einen Besuch ab. Ein Andauern der Krise lag aber - weder politisch noch wirtschaftlich - im Interesse von Paris und Bern. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen führte 1895 zu einer Verständigung in Form eines Austausches diplomat. Noten. Daraufhin nahm das Volumen der franz. Exporte in die Schweiz auf spektakuläre Weise zu: 1898 kletterte es auf 200 Mio. Fr., nach dem Vertrag von 1906 auf 300 Mio. Fr. und sechs Jahre später auf fast 400 Mio. Fr. Dagegen verstrich mehr Zeit, bis sich auch die Schweizer Exporte nach F. erholten. Nach 1900 überschritten sie knapp den Betrag von 100 Mio. Fr. und 1907-13 betrug sie im Mittel 130 Mio. Fr. Die Ausfuhren F.s in die Schweiz übertrafen 1907-13 die Einfuhren aus der Schweiz um das Dreifache.

Nachdem die Schweiz 1906 ein neues, protektionistischeres Tarifsysteem eingeführt hatte, stand die Übereinkunft von 1895 zur Diskussion. Dies zog lange und leidenschaftlich geführte Verhandlungen nach sich. 1909 arbeitete die franz. Zollkommission einen Tarif aus, der die schweiz. Seiden- und Uhrenindustrie sehr hart getroffen hätte. Er wurde jedoch nicht in Kraft gesetzt; den franz. Ministern lag nämlich viel daran, die Schweiz rücksichtsvoll zu behandeln, um einen Zollkrieg zu vermeiden und die Sympathien, die F. in der



Schweiz genoss, nicht zu verspielen.

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

### 4.3 - Migrationsbewegungen

Die Zahl der in F. niedergelassenen Schweizer nahm in der 2. Hälfte des 19. Jh. unablässig zu. Sie erhöhte sich von 23'000 im Jahr 1850 auf 48'800 im Jahr 1870, wobei 12'400 Schweizer in Paris lebten. 24% aller Auslandschweizer hielten sich damals in F. auf. Bis 1880 stieg ihre Zahl in F. auf 73'000 (28% aller Auslandschweizer), davon 20'800 in Paris (8%). 1900 waren es gar 87'000, davon 12'000 im Elsass.

Die Zahl der sich in der Schweiz aufhaltenden Franzosen betrug 1850 30'000 Personen, was einem Anteil von 42% der ausländ. Bevölkerung in der Schweiz entsprach. 1870 waren es 62'000 Franzosen, ein Wert, der bis zum Ende des Jahrhunderts stabil blieb, bevor er bis 1910 auf 80'600 Personen kletterte. Lange stellten die Franzosen in der Schweiz den höchsten Ausländeranteil; erst ab 1880 wurden sie von den Deutschen und 1900 von den Italienern übertroffen. Über 70% der Auslandsfranzosen lebten in der Westschweiz, 35'000 von ihnen in Genf.

**Autorin/Autor:** Philippe Gern / GL

### 4.4 - Kulturelle Beziehungen

Paris war sowohl für die Literatur als auch die Malerei der Anziehungspunkt. Um den Durchbruch zu schaffen, mussten Westschweizer Autoren in der franz. Metropole publizieren, und manche von ihnen, z.B. Edouard Rod, liessen sich dort endgültig nieder. Die Verleger Attinger und Payot eröffneten am Vorabend des 1. Weltkriegs in der Lichterstadt Filialen. Hingegen verwarf die Westschweiz der "Bibliothèque universelle" aus moral. Gründen den naturalist. Roman. Schweizer Künstler, insbesondere Maler (etwa Cuno Amiet), besuchten weiterhin die Ecole des Beaux-Arts oder franz. Ateliers wie die Académie Julian, wenn sie nicht sogar selber ein solches leiteten wie Charles Gleyre, unter dessen Schülern sich mehrere Schweizer (Albert Anker), aber auch Auguste Renoir, Alfred Sisley und Claude Monet befanden. Théophile Alexandre Steinlen, Eugène Grasset, Félix Vallotton und Eugène Burnand erlangten wegen ihren Illustrationen und Plakaten in F. Berühmtheit. Für den Palais Garnier (Pariser Oper) schuf Marcello eine Pythia-Skulptur, und in Paris erwarben die Schweizer Kunstsammlerfamilien Bühler, Hahnloser und Reinhart ihre ersten Bilder, hauptsächlich Werke der Künstlergruppe Les Nabis und der Impressionisten.

Was die franz. Einflüsse in der Schweiz anbelangt, so gründeten einige polit. Flüchtlinge hier Zeitschriften oder widmeten sich der Lehrtätigkeit wie Ferdinand Buisson in Neuenburg. Auf die Republikaner und Anhänger der Pariser Kommune (der bekannteste unter ihnen war der Maler Gustave Courbet) folgten Priester und franz. Ordensleute, die aufgrund der Gesetze der Regierung Combes aus F. vertrieben wurden. Einige von ihnen unterrichteten in Freiburg. Obwohl die franz. Universitäten auf Ausländer wenig einladend wirkten, weil die franz. Staatsbürgerschaft in der Regel für eine Dozentur vorausgesetzt wurde, erhielt der Sinologe Edouard Chavannes einen Ruf an das Collège de France. Während sich nur eine Handvoll franz. Studierende an schweiz. Universitäten immatrikulierten, lag die Zahl junger Schweizer, die ein Semester in F. absolvierten, wesentlich höher, ohne allerdings die Häufigkeit der Studienaufenthalte in Deutschland zu erreichen.

Einen weiteren Berührungspunkt bildete der Protestantismus. Mehrere Pfarrer und Personen aus dem ref. Milieu der Schweiz, darunter die Fam. de Pressensé, de Gasparin und Monod, wirkten in den Freikirchen F.s. Sie unterrichteten an Privatschulen, arbeiteten bei Zeitschriften mit, engagierten sich in der Pariser Société des Missions und wandten sich sozialen Problemen zu.

**Autorin/Autor:** Lucienne Hubler / GL

## 5 - 20. Jahrhundert

### 5.1 - 1914-1945

#### 5.1.1 - Politische Beziehungen

Am 4.8.1914 gab die Schweiz an alle kriegführenden Staaten ihre Neutralitätserklärung ab, die F. am 9. August anerkannte. Auf militär. Ebene zog die Schweiz im Jura Truppen zusammen, um einen mögl. Durchmarsch der Franzosen zu verhindern. 1915 und 1917 erwog F. eine Invasion der Schweiz (Plan H), während es 1916 mit ihr über ein Verteidigungsbündnis im Falle einer Neutralitätsverletzung durch Deutschland verhandelte.

Trotz der Verbesserung der Beziehungen am Vorabend des Krieges führte die Frage der Freizonen zu einer Verstimmung, die durch die Deutschfreundlichkeit innerhalb eines grossen Teils der polit.-militär. Elite in der Schweiz und durch die Gerüchte einer franz. Neutralitätsverletzung im Konfliktfall verstärkt wurden. Die Bundesbehörden bekräftigten mit der Einführung der **Zensur** 1915 ihren Willen, die Neutralität zu verteidigen, und förderten die Propagierung eines helvet. Staatsverständnisses, das die innere Einheit des Landes sichern sollte (**Neue Helvetische Gesellschaft**). Diesem Willen standen die öffentl. Kontroversen gegenüber, die mehr und mehr einen tiefen Graben entlang der Sprachgrenze entstehen liessen. Die Westschweizer verdächtigten die Deutschschweizer einer heiml. Komplizenschaft mit Deutschland, und die Deutschschweizer wiederum warfen den Westschweizern ihre übertriebene Verbundenheit mit F. vor. Diese gegensätzl. Wahrnehmungen mündeten in eine gegenseitige Verteufelung. Die Stimmung wurde durch die Presse und einige Aufsehen erregende Ereignisse wie die **Obersten-Affäre** 1916 weiter angeheizt.

Der Graben vertiefte sich auch aufgrund der ausländ. Propaganda in der Schweiz. Von franz. Seite gelangte diese zuerst über private Kanäle, v.a. laizist. und religiöse Komitees, ins Land, wobei das franz. Aussenministerium die Koordination übernahm und sich dabei auf die rund hundert franz. Vereinigungen abstützte, die um 1915 in der Schweiz - gut die Hälfte davon in Genf - gegründet worden waren. Ab 1916 ersetzten das Maison de la Presse française und sein Berner Büro das bis anhin von Geschäftsleuten und Intellektuellen wie Guy de Pourtalès betriebene Propagandanez. Sie verbreiteten in der Schweizer Presse Artikel, verteilten Broschüren und Traktate und eröffneten Buchhandlungen, z.B. in Zürich. Darüber hinaus traf sich in der Westschweiz ein bedeutender Teil der, pazifistisch gesinnten franz. Linksidektuellen um Romain Rolland und Jacques Rivière.

Mit Argwohn verfolgte F. die deutschfreundl. Vermittlungspolitik der offiziellen Schweiz, die unter dem Einfluss ihres Ministers in Paris, Charles Lardy, dazu neigte, den Zusammenhalt und den Siegeswillen der Franzosen zu unterschätzen. Erst als sich der Sieg der alliierten Mächte immer deutlicher abzuzeichnen begann, näherte sich Bern, nicht zuletzt aus wirtschaftl. Interessen, dem westl. Nachbarn militärisch-politisch wieder an.

Nach dem Krieg entzündeten sich die franz.-schweiz. Spannungen ab 1919 an zwei Themen: an der Frage der freien Schifffahrt auf dem Rhein und an der Verwaltung der Freizonen in Hochsavoyen und im Pays de Gex. Die Schweizer Unterhändler bei der Friedenskonferenz, William Emmanuel Rappard und Gustave Ador, stützten sich auf die allgemein anerkannten liberalen und internat. Grundsätze, um der Schweiz über den Rhein einen Zugang zum Meer zu sichern und das franz. Projekt eines Seitenkanals zum Strom zu verhindern. Die diplomat. Hartnäckigkeit auf Schweizer Seite, die sich auf die Respektierung internat. Abkommen berief, zwang F. zum Einlenken. In der Angelegenheit der Freizonen hingegen wollte sich die Schweiz den Verzicht auf die militär. Neutralität Nordsavoyens (aufgehoben am 16.3.1928) mit der Aufrechterhaltung der Freizonen um Genf entgelten lassen. F. seinerseits, sowohl unter Georges Clemenceau als auch unter dem Kabinett von Raymond Poincaré, machte es sich zur Ehrensache, diese Relikte aus den Friedensverträgen von 1815 endlich abzuschaffen. Der Streit durchlief Phasen der Verständigung und der Kompromissbereitschaft wie solche erheb. Spannungen (Handelsblockade, einseitige Aufhebung der Freizonen durch F. im Nov. 1923), bis er schliesslich vor dem Internat. Gerichtshof in Den Haag am 7.6.1932 im Sinne der Schweiz beigelegt wurde.

Im Zug der europ. Versöhnung, die v.a. für die Verträge von Locarno (1925) bestimmend war, befasste sich

die Schweiz mit den von Aristide Briand eingebrachten Abrüstungsvorschlägen. Der umstrittene Bau des futurist. Pavillon suisse in der Cité universitaire in Paris durch Le Corbusier 1933 wirkte wie ein Symbol der Völkerversöhnung in der Begegnung der Kulturen. Aber nach Hitlers Machtübernahme im selben Jahr und der Erstarkung der Achse Berlin-Rom verlor F. in den Augen der beunruhigten Schweiz an Bedeutung. Die Schweiz zog sich auf sich selbst zurück, wünschte aber dennoch eine engere militär. Zusammenarbeit mit ihrem westl. Nachbarn (Gespräche auf Generalstabsebene). Mit Misstrauen verfolgte sie die linken Volksfront-Regierungen 1936-38. Die pessimist. Berichte des Genfers Alphonse Dunant, ab Sommer 1917 Schweizer Gesandter in Paris, widerspiegelten die zunehmend antikommunist. Einstellung. Diese Haltung entsprach ganz den Anhängern der Action française, die das geistige Klima der franz. Schweiz in der Zwischenkriegszeit ideologisch beherrschten. Angesichts der polit. Polarisierung, die den Ausbruch des Span. Bürgerkriegs 1936 begleitete, und der Verschlechterung des sozialen Klimas jenseits des Juras dachte man sogar daran, die Schweizer Kolonie aus F. zu evakuieren. Sorgen solcher Art, verbunden mit einer Art Untergangsstimmung, die v.a. in der franz. Schweiz von jenen verbreitet wurde, die sich nach einer faschist. oder autoritären Erneuerung F.s sehnten, blieben jedoch ohne nennenswerte Auswirkungen auf den normalen Gang der franz.-schweiz. Beziehungen.

Am 28.8.1939 mobilisierte die Schweiz erst einen Teil, am 1. Sept. dann die gesamte Armee; eine zweite Generalmobilmachung erfolgte im Mai 1940. Ab dem Sommer 1939 fanden mit zunehmender Intensität Geheimverhandlungen zwischen dem franz. und dem schweiz. Generalstab statt mit dem Ziel, einer möglichen Invasion der Schweiz durch dt. Truppen vorzubeugen. Während des Frankreichfeldzugs vom Mai bis Juni 1940 entdeckten die Deutschen bei La Charité-sur-Loire die in aller Eile ausgearbeiteten Geheimpläne, die weder strategisch noch politisch ausgereift waren und noch rund zwanzig Jahre später, bei ihrer Veröffentlichung in der Schweiz eine schwere innenpolit. Krise auslösen sollten. Landesweit, aber insbesondere in der Westschweiz, war die Enttäuschung über die franz. Niederlage im Sommer 1940 gross. Sie wog umso schwerer, als man bis anhin von der militär. Überlegenheit F.s überzeugt gewesen war. Dieses Trauma und eine polit. Grundeinstellung, die - teilweise beeinflusst von den reaktionären Ideen eines Charles Maurras - dazu neigte, vollendete Tatsachen zu akzeptieren, brachte die öffentl. Meinung sowie die offizielle Schweiz, verkörpert im Waadtländer Bundesrat Marcel Pilet-Golaz, dazu, die von der Vichy-Regierung durchgesetzte nationale Erneuerung bis zum Umschwung im Nov. 1942 zu befürworten. Erst dann wurde die Abhängigkeit des Vichy-Regimes von Berlin in der Öffentlichkeit als solche benannt. Die öffentl. Gunst kam aber keineswegs den Gaullisten zugute, sondern hing bis Ende 1943 eher dem Patriotismus eines Henri Giraud an. Der Schweizer Vertreter in Vichy war bis zum Sommer 1944 Walter Stucki, der dort die Interessen versch. Länder vertrat und besondere Beziehungen zu Marschall Philippe Pétain unterhielt. Im Frühjahr 1945 ermöglichte Stucki ihm auf dem Weg von Sigmaringen nach F. die Durchreise durch die Schweiz. Der Bund liess sich Zeit mit der Anerkennung der provisor. Regierung der franz. Republik: Noch im Juni 1944 wurde der kollaboratist. Botschafter Paul Morand in Bern akkreditiert, und erst Ende Oktober, beinahe zwei Monate nach dem Abbruch der offiziellen Beziehungen zwischen der Schweiz und Vichy-F., entschloss sich der Bundesrat zu diesem Schritt. Diese Haltung lässt vermuten, dass die Bemühungen des aktiven geistigen Widerstandes im Umfeld der Aktion Nationaler Widerstand, der linken Milieus um die Zeitschrift [Traits](#) und den christlich inspirierten [Cahiers du Rhône](#) in den polit.-diplomat. Kreisen des Landes wenig Anklang gefunden hatten.

**Autorin/Autor:** Claude Hauser / GL

### 5.1.2 - Wirtschaft

Während des 1. Weltkriegs sah sich die Schweiz einem tiefen Misstrauen F.s ausgesetzt, das sie verdächtigte, für die Mittelmächte Partei zu ergreifen. Versch. Schweizer Unternehmen, darunter Suchard, Maggi, Hoffmann-La Roche, Nestlé, die Konservenfabrik Lenzburg und die Aluminium-Industrie AG, wurde insbesondere vorgeworfen, Produkte nach Deutschland auszuführen, die aus von F. gelieferten Rohstoffen hergestellt worden waren. Die Einsetzung der [Société suisse de surveillance économique \(SSS\)](#) im Juni 1915 brachte die divergierenden Positionen wieder ins Lot. Auch wenn beide Seiten die Kontingentierung zur Regel machten, verhalf die enorme Nachfrage nach Waffen zahlreichen Schweizer Unternehmen zu beträchtl.

Aufträgen. Die Schweizer Exporte nach F. stiegen von 141,2 Mio. Fr. im Jahr 1914 auf 467 Mio. Fr. im Jahr 1918. Die Handelsbilanz verschob sich deutlich zugunsten der Schweiz: Wies sie 1913 noch einen negativen Saldo von mehr als 206 Mio. Fr. aus, präsentierte sie 1916 - den Schwarzhandel nicht eingerechnet - einen positiven Saldo von über 160 Mio. Fr. und 1918 einen von mehr als 180 Mio. Fr.

Das Kriegsende brachte keine Ruhe in die franz.-schweiz. Wirtschaftsbeziehungen, auch wenn die Schweiz wieder zum wichtigsten Abnehmer F.s wurde. F. lieferte der Schweiz Rohstoffe (40% der gesamten franz. Exporte), Industriegüter (40%) und Lebensmittel (20%) und kaufte von ihr Industriegüter (Maschinen, Uhren, chem. Produkte, ca. 75% der gesamten Importe aus der Schweiz), während sich die restl. 25% der Importe aus der Schweiz auf die Wiedereinfuhr von Rohstoffen und landwirtschaftl. Produkten verteilten. Die ökonom. Grundlagen dieser Handelsstruktur waren in einer Zeit wirtschaftl. Unsicherheit brüchig geworden. Die franz. Kapitalflucht in die Schweiz nahm, verstärkt durch den Sieg des Parteienbündnisses Cartel des Gauches 1924 und durch die Schwäche des Francs, beträchtl. Ausmasse an, um sich mit der Machtübernahme durch die Volksfront 1936 zu verstärken.

F. reagierte mit einer protektionist. Politik, die das Verhältnis zur Schweiz verschlechterte. Zweimal kündigte es den 1929 mit der Schweiz abgeschlossenen Handelsvertrag, der die seit dem Kriegsende gestörten Beziehungen hätte wiederherstellen sollen. Da F. aber auf Verkäufe angewiesen war, konnte es seine Absichten nicht durchsetzen. Die Schweiz ihrerseits reagierte auf die fortwährenden Anfeindungen mit einer sehr dirigist. Handels- und Finanzpolitik. Zudem förderte sie eine Politik der Selbstversorgung, die zu einer Verringerung des Handels mit F. führte. Der wirtschaftl. Austausch ging signifikant zurück: In den 1930er Jahren nahmen die Importe franz. Güter in die Schweiz um die Hälfte ab, während die Schweizer Exporte nach F. bei etwas über 100 Mio. Fr. stagnierten.

Mit dem Beginn des 2. Weltkriegs bis zum dt.-franz. Waffenstillstand im Juni 1940 befürchteten die franz. Behörden, die Schweiz würde wieder dasselbe Doppelspiel wie im 1. Weltkrieg treiben und aus importierten franz. Rohstoffen gefertigte Produkte an die Achsenmächte verkaufen. Sie knüpften deshalb die Weiterführung der wirtschaftl. Beziehungen im War Trade Agreement vom 25.4.1940 an die Bedingung, dass die franz. Importe in die Schweiz nicht in die feindl. Länder weiter exportiert würden. Der Waffenstillstand vom Juni 1940 erschwerte eine normale Fortführung des Güterausstausches. Das Handelsvolumen reduzierte sich beträchtlich, und auch der Handelsvertrag vom 6.10.1942 vermochte den Zerfall nicht zu bremsen. 1940-44 fielen die schweiz. Exporte nach F. von 112,1 Mio. Fr. auf 23,1 Mio. Fr. und die Importe franz. Güter in die Schweiz von 138,9 Mio. Fr. auf 28,2 Mio. Fr. Der Aussenhandel beider Länder litt unter den steigenden Abgaben, die Deutschland in F. erhob. Diese Situation beunruhigte die Schweiz, die sich angesichts des Risikos einer Zahlungsunfähigkeit dazu entschloss, ihre Exporte nach F. zu kontingentieren, um die Aussenhandelsbilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Nach der Machtübernahme der Gaullisten in Nordafrika anfangs 1943 nahm die Schweiz sowohl aus diplomat. Kalkül als auch im Hinblick auf den Handelsaustausch mit den franz. Kolonien umgehend Verhandlungen auf. Erste Auswirkungen der Befreiung zeigten sich im Aug. 1944 in der Kündigung des Clearing-Abkommens vom Nov. 1940 durch die provisorische franz. Regierung. Sie beabsichtigte mit diesem Schritt, ihre Wirtschaftsbeziehungen zur Schweiz grundlegend zu überdenken, während der Bund diese Massnahme als ein Zeichen für die Rückkehr zu einer liberalen Ordnung interpretierte.

**Autorin/Autor:** Laurent Tissot / GL

### 5.1.3 - Migrationsbewegungen

Die beiden Weltkriege brachten einschneidende Veränderungen mit sich. Hatte der Ausbruch des 1. Weltkriegs eine durch den wirtschaftl. Aufschwung der vergangenen Jahrzehnte bedingte, intensive Migration jäh unterbrochen, löste er andererseits auch neue Bewegungen aus. Die von der Schweiz hochgehaltene Neutralität bewirkte namentlich einen Zustrom von franz. Kriegsgefangenen, die vom Roten Kreuz und dem im Sept. 1914 in Bern geschaffenen Büro für die Rückführung von Internierten betreut wurden. Bis Ende 1916

nahm die Schweiz zwischen 8'000 und 10'000 franz. Internierte auf, später waren es zwischen 12'000 und 15'000 Mann. Gegen 10'000 kranke Kriegsgefangene wurden in rund hundert Lagern, zumeist im Alpengebiet, untergebracht. Der Besuch von akadem. Lehrveranstaltungen bot manchen von ihnen die Gelegenheit, eine wissenschaftl. Ausbildung zu erwerben und Beziehungen aufzubauen, die das ganze Jahrhundert hindurch halten sollten.

Die allg. Unsicherheit der Zwischenkriegszeit und die Wiederaufnahme protektionist. Massnahmen förderten die Mobilität nicht. Die Intensität der Wanderbewegungen hing von den konjunkturellen Schwankungen ab. 1928 erreichte die Zahl der in Frankreich niedergelassenen Schweizer mit 144'300 Personen einen Höchststand. Danach sank sie in den 1930er Jahren auf einen Tiefststand von 95'300 Personen im Jahre 1938. Die Zahl der in der Schweiz niedergelassenen Franzosen unterlag demselben Verlauf.

Der 2. Weltkrieg wirkte sich analog zum 1. Weltkrieg auf die Migration aus. Während der Zustrom franz. Internierter die Zahl der freiwilligen Heimkehrer nach F. kompensierte, kamen zu den militär. Flüchtlingen, die bei Kriegsanfang noch überwogen hatten, bald zivile hinzu. An die 30'000 franz. Soldaten wurden zwischen Juni 1940 und Jan. 1941 interniert, daneben rund 7'500 zivile Flüchtlinge, die bei ihrer Ankunft von aus der Bevölkerung gebildeten Empfangskomitees warmherzig begrüsst wurden. Weitere Flüchtlingswellen folgten, v.a. Juden, die vor den Verfolgungen im Sommer 1942 flüchteten, aber auch Elsässer und Lothringer, die sich ab 1943 durch Flucht dem obligator. Arbeitsdienst entzogen, und schliesslich Fahnenflüchtige und Freischärler, die zur Widerstandsbewegung im Untergrund stossen wollten. Ihre Zahl stieg zwischen Sept. 1944 und Kriegsende auf über 11'000 Personen an und machte einen Viertel aller Flüchtlinge aus. Im Gegensatz dazu ging die Zahl der in F. niedergelassenen Schweizer zurück und pendelte sich bei rund 80'000 Personen ein.

**Autorin/Autor:** Laurent Tissot / GL

#### **5.1.4 - Kulturelle Beziehungen**

Die Weltkriege zwangen eine Vielzahl von Schweizer Künstlern und Schriftstellern zur Rückkehr in die Heimat, manchmal für immer wie im Fall des Chansonsängers Gilles. In den Friedenszeiten blieb Paris aber für viele - u.a. Hans Arp, dessen Gattin Sophie Taeuber-Arp und Alberto Giacometti - die Stadt, in der sie sich ausbildeten und arbeiteten.

Im literar. Bereich vereinigte die "Revue de Genève" (1920-30) einige bekannte franz. Namen wie Maurice Barrès, Marcel Proust, François Mauriac, Henry de Montherlant und Jean Giraudoux. Anders als die vorangegangenen Generationen bestanden Westschweizer Schriftsteller wie Charles Ferdinand Ramuz nun gegenüber F. bis hin zum Sprachgebrauch auf einer eigenen Identität. In der Geistesgeschichte brachte der Neuthomismus grosse Persönlichkeiten hervor, etwa den späteren Kardinal Charles Journet. Daneben prägten die Bewegung um Charles Maurras sowie der Personalismus die Zwischenkriegszeit.

Einige Wissenschaftler aus F. lehrten an den Schweizer Universitäten franz. Literatur, aber auch Medizin und Naturwissenschaften. Ab dem frühen 20. Jh. bot die jurist. Fakultät der Univ. Lausanne eine Spezialisierung auf franz. Recht an. Historiker und Archäologen bildeten sich manchmal an den grossen franz. Lehrinstituten fort, v.a. an der Ecole des chartes. Der Solothurner Walther von Wartburg leitete ab 1922 das wissenschaftl. Unternehmen "Französisches Etymologisches Wörterbuch".

**Autorin/Autor:** Lucienne Hubler / GL

### **5.2 - Seit 1945**

#### **5.2.1 - Politik**

Dank ihrer Neutralität bot die Schweiz ein günstiges Terrain für die Täuschungsmanöver und verborgenen Kämpfe zwischen den Agenten des Vichy-Regimes und jenen der Résistance. Erst eingekreist von den

Achsenmächten, dann verstrickt in ihre eigene abwartende Haltung und schliesslich dem wachsenden Druck der Alliierten unterworfen, tat sie sich schwer, das Vertrauen des siegreichen F. wiederzugewinnen. Der neue franz. Kulturattaché Henri Guillemin, dank der Association des conférences de langue française schon ab 1942 in der Schweiz, bemühte sich an der Seite des gaullist. Botschafters Henri Hoppenot, die zahlreichen Vichy-Anhänger aufzustöbern, die in der Westschweiz Unterschlupf gefunden hatten. Die schweiz. Annäherungsbemühungen verantwortete der mit Max Petitpierre, dem neuen Chef des Eidg. Politischen Departements (EPD), befreundete Carl Jacob Burckhardt. Im Sommer 1945 tauschte er wider Willen die Präsidentschaft des IKRK gegen den Posten eines bevollmächtigten Ministers in Paris. Unter den besonders heiklen Dossiers stachen zwei Geschäfte hervor: Die Verfahren gegen Schweizer Kollaborateure in Frankreich und die Frage der Rückerstattung der durch die Internierung von franz. Flüchtlingen entstandenen Kosten. Die restriktive Asylpolitik der Schweiz, verbunden mit vielen Zurückweisungen an der Grenze, führte zu kleinl. Behinderungen gegenüber dem Comité français de libération nationale bei dessen Hilfe für die franz. Flüchtlinge in der Schweiz und äusserte sich in einer unerbittl. Härte bei der Berechnung der von F. zu begleichenden Internierungskosten.

Das EPD bemühte sich, dem franz. Nachbarn ein Bild der Schweiz zu vermitteln, das dem Geist des Werks "Die Schweiz: Eine Verwirklichung der Demokratie" (1948, dt. 1949) von André Siegfried entsprechen sollte. Es setzte aber auch auf kulturelle Verbundenheit, indem es im Okt. 1945 Bernard Barbey zum Presseattaché in Paris ernannte. Beauftragt, die geringe Ausstrahlungskraft der Pro Helvetia in F. wettzumachen, verstärkte Barbey die während der Kriegszeit enger gewordenen Kontakte im Bereich des Verlagswesens, der Zeitschriften und der Vermittlung von Gastreferenten. Auf Burckhardt folgte 1949 Peter Anton von Salis, der bis 1956 im Amt blieb. Skeptisch verfolgte er die häufigen Regierungswechsel der Vierten Republik, betrachtete mit Sorge die starke Präsenz der Kommunisten im polit. und kulturellen Leben F.s und erkannte sehr früh die Unausweichlichkeit der einsetzenden Dekolonisation. Er befasste sich auch wiederholt mit problemat. Fällen von minderjährigen Schweizern, die sich zum Dienst in der [Fremdenlegion](#) verpflichtet hatten. Freundnachbarl. Beziehungen entwickelten sich im Zuge der Regelung finanzieller und zollrechtl. Fragen und mündeten in Bahn- und Luftverkehrsabkommen (Vertrag über den Flughafen Basel-Mülhausen 1949 und Vereinbarung über den Flughafen Genf 1956).

De Gaulles Rückkehr an die Macht und die Ausrufung der Fünften Republik änderten wenig am Gang der Geschäfte, die sich in gutem Einvernehmen intensivierten. Allerdings beeinflusste F. die grossen Linien der Schweizer Aussenpolitik. Die franz. Zurückhaltung gegenüber einer grossen Freihandelszone (Nov. 1958) und das gaullist. Veto gegen den Beitritt Grossbritanniens zur Europ. Wirtschaftsgemeinschaft (Jan. 1963) trugen dazu bei, dass die Schweiz die Option der [Europäischen Freihandelsassoziation](#) derjenigen der europ. Integration ([Europäische Union EU](#)) vorzog. Die Beschleunigung der Dekolonisation verschaffte der Schweiz die Möglichkeit, als Vermittlerin bei der Lösung des franz.-alger. Konflikts aufzutreten (Vorbereitung des [Abkommens von Evian 1962](#)). Innenpolitisch blockierte die übertriebene Angst vor einer franz. Unterstützung der jurass. Separatismus-Bewegung, die ihre Ziele ab 1965 zu internationalisieren versuchte, die Schweizer Beteiligung an den seit 1970 stattfindenden Begegnungen der [Frankophonie](#). Die Verstimmung, welche die augenfällige Abwesenheit von Bundespräsident Hans Peter Tschudi bei den Trauerfeierlichkeiten für General de Gaulle 1970 verursacht hatte, konnte durch den Besuch von Bundespräsident Ernst Brugger an der Trauerzeremonie für Georges Pompidou 1974 nur teilweise geglättet werden. Die Abkühlung der Beziehungen dauerte über ein Jahrzehnt. Sie hatte ihren Anfang in den Spannungen um die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs ([Mirage-Affäre](#)) genommen und reichte bis zu der sich zuspitzenden Krise um die Problematik der Steuerflucht (1980).

Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Kantonen ergaben sich aus der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit, die sich längs des Jurabogens entfaltete, und aus den gebietsübergreifenden ökolog. Problemen. Hier standen die Gewässerverschmutzung in Rhein und Genfersee sowie die Gefahr der Verstrahlung durch das Kernkraftwerk in Crey-Malville im Vordergrund.

Der Sieg der franz. Linken 1981 beunruhigte die bürgerl. Mehrheit und die Wirtschaftsvertreter in der



Schweiz, zumal Themen wie das Bankgeheimnis und die Steuerflucht ohnehin die bilateralen Beziehungen beeinträchtigten. 1985 erreichte man in diesen Fragen einen Modus vivendi, der im Mai 1998 durch einen Kooperationsvertrag in polizeil., jurist. und zollrechtl. Belangen legalisiert wurde. Bereits mit dem offiziellen Besuch François Mitterrands im April 1983, dem ersten Besuch eines franz. Staatspräsidenten seit 1910 - Jacques Chirac folgte ihm 1998 - hatte sich das Klima gebessert, wozu auch die Eröffnung des Schweizer Kulturzentrums in Paris (Hôtel Poussepin) 1985 durch die Pro Helvetia beitrug. Seither konzentrieren sich die bilateralen Kontakte auf die europ. Integration und ihre wechselseitigen Auswirkungen auf das Verkehrswesen, die Umwelt und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Im sicherheitspolit. Bereich veranstalteten F. und die Schweiz gemeinsame Manöver.

**Autorin/Autor:** Claude Hauser / GL

### 5.2.2 - Wirtschaft

Die Wohlstandsphase der Nachkriegszeit setzte nicht unmittelbar nach Kriegsende ein. Auch wenn der Handel mit F. zunahm, so litt er doch bis in die frühen 1950er Jahre unter den Nachwehen der Kriegswirtschaft. Um F. beim Wiederaufbau zu helfen, gewährte die Schweiz am 22.3.1945 einen Kredit von 250 Mio. Fr., dem weitere Darlehen folgten. Da die Schweiz von Kriegsschäden verschont worden war, konnte sie die Ausfuhr von Maschinen und chem. Produkten rasch wieder aufnehmen. Die Unterzeichnung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) 1947 eröffnete dann eine Periode der Liberalisierung, die sich in den 1950er Jahren günstig auf den franz.-schweiz. Handel auswirken sollte.

Der beispiellose Aufschwung während der Hochkonjunktur verstärkte den Güteraustausch, wobei die franz. Importe in die Schweiz stets die schweiz. Exporte nach F. übertrafen. Die Einführung der Europ. Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 veränderte die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht grundlegend. 1964 belegte F. hinter Deutschland mit 14,9% der Schweizer Gesamteinfuhren den zweiten Rang unter den Zuliefern und mit 8,7% der Schweizer Gesamtausfuhren den vierten Rang unter den Abnehmern. Bezogen auf den gesamten Aussenhandel ging jedoch der franz. Anteil an den Schweizer Einfuhren zurück. Betrug dieser 1953 10,2%, fiel er 1970 trotz einer Vergrößerung des Volumens um fast 3 Mrd. Fr. auf 7,6%. Dank der EWG gelang es F., sich in den europ. Märkten zu etablieren. Dieselbe Tendenz zeigte sich in den Schweizer Exporten nach F., die durch die Mitgliedstaaten der EWG konkurrenziert wurden. Um ihre Exporte nach F. zu stärken, beteiligte sich die Schweiz mit 26,2 Mio. Fr. an der internat. Finanzhilfe für F., das zu Beginn des Jahres 1958 am Rande des Bankrotts stand.

Mit den Strukturkrisen der 1970er und frühen 90er Jahre kehrten sich diese Tendenzen um. Die Zunahme der Schweizer Exporte nach F. ging v.a. auf das starke Wachstum der pharmazeut. Produktion und, in geringerem Masse, der Maschinenindustrie zurück. In den 1990er Jahren kam der Wiederanstieg der Schweizer Uhrenexporte hinzu, die nach rund zwanzig Jahren des Rückgangs einen Aufsehen erregenden Sprung nach vorne machten. Umgekehrt zog die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz zahlreiche franz. Sparer und Investoren an. Namentlich die Machtübernahme durch die Linke 1981 führte zu einem Transfer franz. Vermögen ins Schweizer "Steuerparadies".

Die Schweiz blieb für F. ein wichtiges Abnehmerland. Der franz. Anteil am gesamten Importvolumen der Schweiz stieg von 7,6% im Jahr 1970 auf 11,1% im Jahr 1990, um sich seit 1997 bei etwas über 10% zu stabilisieren; 2000 betrug er 10,2%, 2003 10,8%. Dabei machten die landwirtschaftl. Produkte 1990 12,3% des gesamten Umsatzes aus, während sich Fertigwaren (Fahrzeuge) und Halbfabrikate (chem. Produkte), die zwischen 1970 und 1990 einen Rückgang verzeichnet hatten, wieder erholten. Die Weigerung der Schweiz, der Europ. Union (EU) beizutreten, schwächte ihre Handelsbeziehungen zu einem der wichtigsten EU-Mitgliedstaaten nicht.

Ab 1945 festigte sich der bilaterale institutionelle Rahmen beträchtlich. Zu den Aktivitäten der Schweizer Handelskammer in F. und der franz.-schweiz. Wirtschaftskammer, die beide schon in der Zwischenkriegszeit tätig gewesen waren, kamen diplomat. Initiativen dank grenzüberschreitender Forschungs- und

Entwicklungskooperationen hinzu. Diese Zusammenarbeit entstand v.a. in den 1980er Jahren. Die innerhalb der European Cooperation in the Field of Scientific and Technical Research (Cost), der Europ. Weltraumorganisation sowie der Abkommen über regionale Zusammenarbeit (Arbeitsgemeinschaft Jura 1985, Interreg ab 1990) entwickelten europ. Projekte verstärkten die wirtschaftl. und wissenschaftl. Beziehungen beider Länder. Im Zug dieser Entwicklung wurden franz.-schweiz. Unternehmen gegründet und die Zusammenarbeit unter den Universitäten verbessert. Die rasche Zunahme von franz. oder schweiz. Beteiligungen an Gesellschaften des jeweiligen Partnerlandes gehorchte einer wirtschaftl. und finanziellen Logik, die v.a. auf die Auswirkungen der Globalisierung reagiert.

**Autorin/Autor:** Laurent Tissot / GL

### 5.2.3 - Migrationsbewegungen

Der Aufschwung der Nachkriegszeit belebte die Bevölkerungsbewegungen wieder, die durch den Weltkrieg unterbrochen worden waren. Zwar nahm die Zahl der in F. niedergelassenen Schweizer deutlich ab: Waren es 1950 noch 70'000 Personen, fiel dieser Wert 1970 auf 32'000 und 1980 gar auf 25'000, um sich seither auf dieser Höhe einzupendeln. Die Abnahme wurde jedoch durch die steigende Zahl der Doppelbürger aufgewogen: Wohnen 1966 noch 56'000 in F., so zählten sie nach 1990 bereits mehr als 100'000 Personen. Der Doppelbürgerstatus hatte auch zur Folge, dass die betroffenen Personen nach den konjunkturellen Rückschlägen von 1973 und in den 1980er Jahren weniger Neigung zeigten, in die Schweiz zurückzukehren. Er widerspiegelt den regen Austausch zwischen den beiden Ländern, der sich auch in einer steigenden Zahl von binationalen Eheschliessungen äussert. Die Kinder aus diesen Ehen können für sich die Doppelbürgerschaft beanspruchen, welche ihnen für ihr späteres berufl. Fortkommen Vorteile verspricht.

Die franz. Kolonie in der Schweiz veränderte sich stärker. Während der Hochkonjunktur nahm ihre Zahl gleichmässig zu. Sie betrug mehr als 30'000 Personen zu Beginn der 1960er Jahre und rund 54'000 1973. Nach einer Periode der Stabilisierung in den 1980er Jahren auf einem Stand von ca. 47'000 Personen stieg dieser Wert ab 1990 wieder an. 2000 zählte man rund 61'000 Franzosen in der Schweiz. Im wirtschaftl. Bereich verschaffte die Anwerbung von **Grenzgängern** ab den 1960er Jahren vielen schweiz. Unternehmen gut qualifizierte und relativ billige Arbeitskräfte. Zwischen 1978 und 2000 verdoppelte sich deren Zahl und kletterte von gegen 38'000 auf über 79'000 Personen. Während Genf Führungskräfte für den Dienstleistungssektor, die internat. Organisationen und die multinationalen Unternehmen anzog, rekrutierte der Jurabogen Arbeiter für die Metall- und Uhrenindustrie in den Kt. Neuenburg, Waadt und Jura. Die Basler Chemie schliesslich griff auf Mitarbeiter aus dem Elsass zurück. Die Lohnvorteile, die diese Arbeitskräfte genossen, führten sowohl in der Schweiz als auch in F. zu zahlreichen Beanstandungen. Mehrere bilaterale Abkommen regelten den rechtl. und steuerl. Status der franz. Grenzgänger, namentlich diejenigen von 1958 und 1983.

**Autorin/Autor:** Laurent Tissot / GL

### 5.2.4 - Kulturelle Beziehungen

Mit der Gründung der Pro Helvetia institutionalisierten sich die kulturellen Beziehungen der beiden Länder weitgehend. Der universitäre Austausch wurde zunächst auf bilateraler, dann auf europ. Ebene (Erasmus-Programm seit 2001) geregelt. Schweizer Professoren wie der Soziologe Jean Ziegler an der Sorbonne und der Gräzist Denis Knoepfler am Collège de France, die ohne franz. Staatsbürgerschaft in F. lehren, bilden die Ausnahme. 2004 zählte die 1883 in Paris gegr. Alliance française zehn Gruppen in der Schweiz, die u.a. Sprachkurse und Vorträge veranstalteten.

Im Gegensatz zu früher öffnet sich F. heute mehr der fremdsprachigen Literatur. So wurden u.a. Friedrich Dürrenmatt, Max Frisch, Paul Nizon und Fritz Zorn ins Französische übersetzt, und Jacques Chessex erhielt 1973 den Prix Goncourt. In franz. Wörterbüchern werden Regionalismen aufgenommen. Im Bereich des Fernsehens entstehen immer mehr Koproduktionen. In der Architektur und den bildenden Künsten ragen

Namen wie die der Architekten Le Corbusier und Bernard Tschumi oder der Künstler Eva Aeppli, Daniel Spörri und Jean Tinguely heraus. Umgekehrt wurde Jean Nouvel 1999 mit dem Entwurf des Kultur- und Kongresszentrums in Luzern und mit der Gestaltung des Monolithen im Murtensee im Rahmen der Landesausstellung Expo.02 beauftragt.

Trotz der jahrhundertealten Verbindungen zwischen den beiden Ländern bleibt die Schweiz mit ihren Institutionen und ihrer kulturellen Vielfalt im franz. Verständnis ein komplexes, mitunter unbegreifl. Land. Ihr Bankgeheimnis wird kritisiert und ihre wunderl. Eigenheiten bespöttelt.

**Autorin/Autor:** Lucienne Hubler / GL

## Quellen und Literatur

### Archive

- BAR

### Quellen

- *Répertoire des documents diplomatiques franco-suisses, 1443-1830, Ms., 1962*, (Kopie E. Rott)

- *DDS 1-18*

- G. Livet, *Recueil des instructions aux ambassadeurs et ministres de France 30, 1983*

### Literatur

- Allgemeines

- *Schweizer Kriegsgesch., 1915-35*

- W. Bodmer, *Die Entwicklung der schweiz. Textilwirtschaft im Rahmen der übrigen Industrien und Wirtschaftszweige, 1960*

- A. Hauser, *Schweiz. Wirtschafts- und Sozialgesch., 1961*

- *HS*

- *HbSG*

- *Aspects des rapports entre la France et la Suisse de 1843 à 1939, 1982*

- *Cinq siècles de relations franco-suisses, 1984*

- *Gesch. der Schweiz und der Schweizer, <sup>3</sup>2004*

- *AH 1*

- Francillon, *Littérature 1-4*

- Vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution

- E. Rott, *Histoire de la représentation diplomatique de la France auprès des cantons suisses, de leurs alliés et de leurs confédérés, 11 Bde., 1900-35*

- E. Wild, *Die eidg. Handelsprivilegien in F., 1444-1635, 1915*

- M. Gouron, *Matricule de l'Université de Médecine de Montpellier, 1957*

- H.C. Peyer, *Leinwandgewerbe und Fernhandel der Stadt St. Gallen von den Anfängen bis 1520, 2 Bde., 1959-60*

- S. Stelling-Michaud, «L'ancienne Université d'Orléans et la Suisse du XIV<sup>e</sup> au XVI<sup>e</sup> siècle», in *Actes du Congrès sur l'ancienne Université d'Orléans, 1962, 125-138*

- J.-F. Bergier, *Genève et l'économie européenne de la Renaissance, 1963*

- A. Dubois, *Die Salzversorgung des Wallis 1500-1610, 1965*

- P. Gern, *Aspects des relations franco-suisses au temps de Louis XVI, 1970*

- A. Gasser, «Ewige Richtung und Burgunderkriege», in *SZG 23, 1973, 697-749*

- S. Stelling-Michaud, *La diffusion du droit romain en Suisse, 1977*

- R. Locatelli, «Réseau monastique et canonial de part et d'autre du Jura au XII<sup>e</sup> siècle», in *ZSK 82, 1988, 89-114*

- A.-M. Piuze, L. Mottu-Weber, *L'économie genevoise, de la Réforme à la fin de l'Ancien Régime*, 1990
- M. Tanaka, *La nation anglo-allemande de l'Université de Paris à la fin du Moyen Age*, 1990
- A.-J. Tornare, *Les troupes suisses capitulées et les relations franco-helvétiques à la fin du XVIII<sup>e</sup> siècle*, 2 Bde., 1996
- 19. und 20. Jahrhundert
  - L. Monnier, *L'annexion de la Savoie à la France et la politique suisse*, 1932
  - J.-C. Biaudet, *La Suisse et la monarchie de juillet*, 1941
  - R. Vogel, *Les conditions de la politique commerciale de la Suisse*, 1966
  - A. Lacher, *Die Schweiz und F. vor dem Ersten Weltkrieg*, 1967
  - G. Andrey, *Les émigrés français dans le canton de Fribourg (1789-1815)*, 1972
  - A. Rufer, *La Suisse et la Révolution française*, 1974
  - G. Lévêque, *La Suisse et la France gaulliste 1943-1945*, 1979
  - S. Colley, *Les réfugiés français en Suisse (1940-1944)*, *Liz. Paris X*, 1988
  - P. Bissegger, «Etudiants suisses à l'Ecole polytechnique de Paris (1798-1850)», in *SZG* 39, 1989, 115-151
  - P. Chessex et al., *La Suisse & la Révolution française*, 1989
  - E. Mévillot, *Diplomatie et perception: les relations franco-suissees au temps du Front populaire*, *Liz. Freiburg*, 1991
  - P. Gern, S. Arlettaz, *Relations franco-suissees au XIX<sup>e</sup> siècle*, 1992
  - R. Jérusalmi, *Les relations économiques franco-suissees (1939-1945)*, 1995
  - P. Bongard, *L'Autre guerre: intellectuels et propagande française en Suisse pendant la Grande Guerre (1914-1918)*, 1996
  - C. Hauser, *Aux origines intellectuelles de la Question jurassienne: culture et politique entre la France et la Suisse romande*, 1997
  - *La Suisse et les grandes puissances 1914-1945*, hg. von S. Guex, 1999
  - M. Vovelle, «La Suisse et Genève dans la politique et l'opinion publique française à l'époque révolutionnaire», in *Blicke auf die Helvetik*, 2000, 215-236
  - M. Perrenoud, R. Lopez, *Aspects des relations financières franco-suissees (1936-1946)*, 2002
  - A. Clavier et al., *"La province n'est plus la province": les relations culturelles franco-suissees à l'épreuve de la Seconde Guerre mondiale (1935-1950)*, 2003